in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

Politischer Halbjahresbericht Brasilien

Stand: 21. Juni 2019

Dieser Halbjahresbericht ist als Verschlusssache "Nur für den Dienstgebrauch" (VS-NfD) eingestuft. Bitte beachten Sie die Regeln der Verschlusssachenanweisung für die Aufbewahrung, Vernichtung, Vervielfältigung und Weitergabe von VS, insbesondere § 1 **Abs. 2 VSA: „Keine Person darf über eine VS umfassender oder eher unterrichtet werden, als dies aus dienstlichen Gründen unerlässlich ist (Kenntnis nur, wenn nötig)".**

[redacted]

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

[redacted]

1. Innenpolitik und Menschenrechte

[redacted]

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

[redacted]

[redacted] **im Wahlkampf hatte er seinen Diskurs noch verschärft. Seit Amtsantritt** hat er seine Rhetorik zwar **teilweise gemäßigt,** aber auch als Präsident fordert er u. a. **„keinen Zentimeter mehr für Indigenengebiete"** [redacted]

[redacted]

Eine unmittelbar nach Amtsantritt **befürchtete Welle von Hassverbrechen blieb bisher aus**, auch wenn es **Einzelfälle** gab. Die hohe **Gewaltkriminalität** (2018 über 50.000 Tote) ist seit ihrem Höhepunkt 2017 (62.000 Tote) **sogar rückläufig und fiel in den ersten Monaten seit Amtsantritt um weitere ca. 20 %. Bolsonaros Regierungsprogramm** setzt jedoch auf noch stärkere **Repression und Liberalisierung des Waffenrechts.** Unabhängig von konkreten Gesetzesvorhaben besteht die **Befürchtung**, dass Private und Sicherheitskräfte aus dem öffentlichen Diskurs **Freibriefe für Selbstjustiz** ableiten könnten.

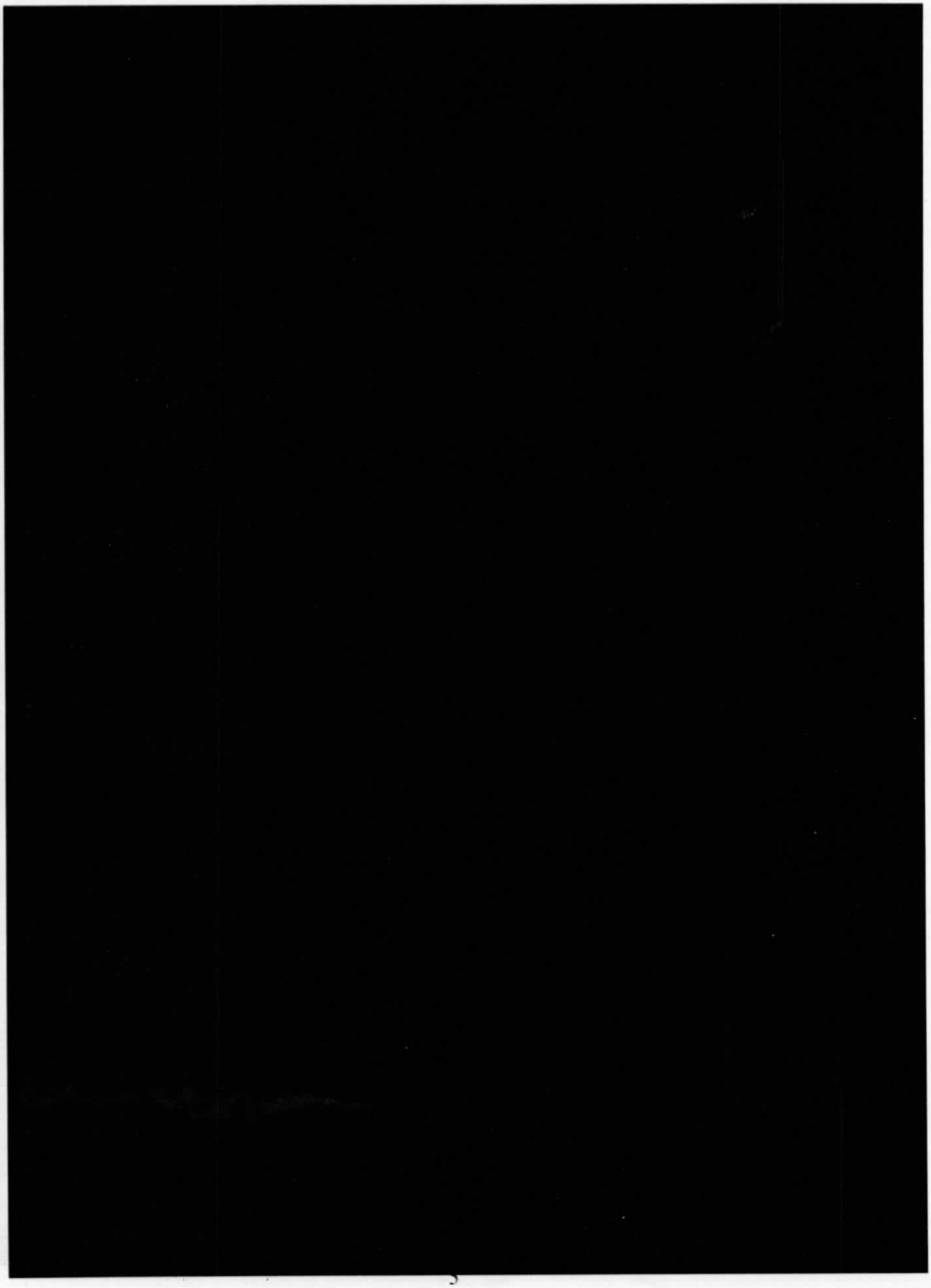
Die brasilianische **Menschenrechtspolitik** steht bereits seit langem vor großen Herausforderungen: Die **Polizei** sieht sich seit Jahren Vorwürfen **exzessiver Gewaltanwendung** ausgesetzt. **Indigene Völker und andere ethnische Minderheiten** stehen unter anhaltendem **Druck durch landwirtschaftliche Betriebe und mächtige politische Interessengruppen**. **Überfüllte Gefängnisse, prekäre Arbeitsverhältnisse** (u. a. „Schuldsklaverei"), Kinderarbeit, Kinderprostitution, **Diskriminierung** von Minderheiten sowie **Gewalt gegen Frauen, Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger** (ca. 50 Tote pro Jahr) sind weitere **Dauerprobleme**.

Auch wenn bisher noch **keine allgemeine Verschlechterung** der Menschenrechtslage oder tatsächliche Beschränkung zivilgesellschaftlicher Freiräume eingetreten ist, müssen **Sorgen und Ängste in der Zivilgesellschaft ernst genommen werden. Noch ist nicht absehbar, wie die Lage sich entwickeln wird** – in Regierung und Kongress wirken unterschiedliche Akteure und Interessen mit, von denen noch offen ist, welche sich durchsetzen werden. So **widersetzt sich etwa der Kongress** der Auslagerung der Zuständigkeit für die **Demarkierung von Indigenengebieten von der Indigenenbehörde FUNAI an das Landwirtschaftsministerium**. Auch andere kontroverse Dekrete und Maßnahmen werden vom Kongress und der **starken, unabhängigen Justiz** aktuell kritisch überprüft oder sogar angehalten. Im Januar legte der homosexuelle **Abgeordnete Jean Wyllys (PSOL) nach Todesdrohungen sein Amt nieder und verließ Brasilien** – Nachrücker ist David Miranda, ein ebenso prominenter Vertreter der LGBTI-Bewegung. Das **Oberste Bundesgericht (STF)** urteilte im Juni entgegen dem erklärten Willen der Regierung, **Homophobie sei künftig als Straftatbestand (wie Rassismus) zu verfolgen.** Im Fall des Mordanschlages 2018 auf die Stadträtin **Marielle Franco** in Rio de Janeiro wurden im März zwei unmittelbar tatverdächtige ehemalige Polizisten festgenommen; die Ermittlungen zu möglichen Hintermännern dauern noch an.

Rund **120.000 Venezolaner haben seit 2016** in Brasilien **Zuflucht** vor den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in ihrem Heimatland **gefunden**. Rund 80.000 beantragten Asyl- oder Flüchtlingsstatus, 40.000 eine zunächst befristete Aufenthaltserlaubnis. Ca. 30.000 leben im abgelegenen nördlichen **Bundesstaat Roraima**, dessen Infrastruktur völlig überfordert ist. Obwohl sich Brasilien aus dem VN-Flüchtlingspakt zurückzog, **gewährt die Regierung** weiterhin allen Ankommenden **Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse. UNHCR und brasilianisches Militär leisten vorbildliche Unterstützung bei Erstaufnahme und Unterbringung.** Größte Herausforderung bleibt die Verteilung der in Roraima Gestrandeten auf andere Bundesstaaten.

~~VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH~~

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft



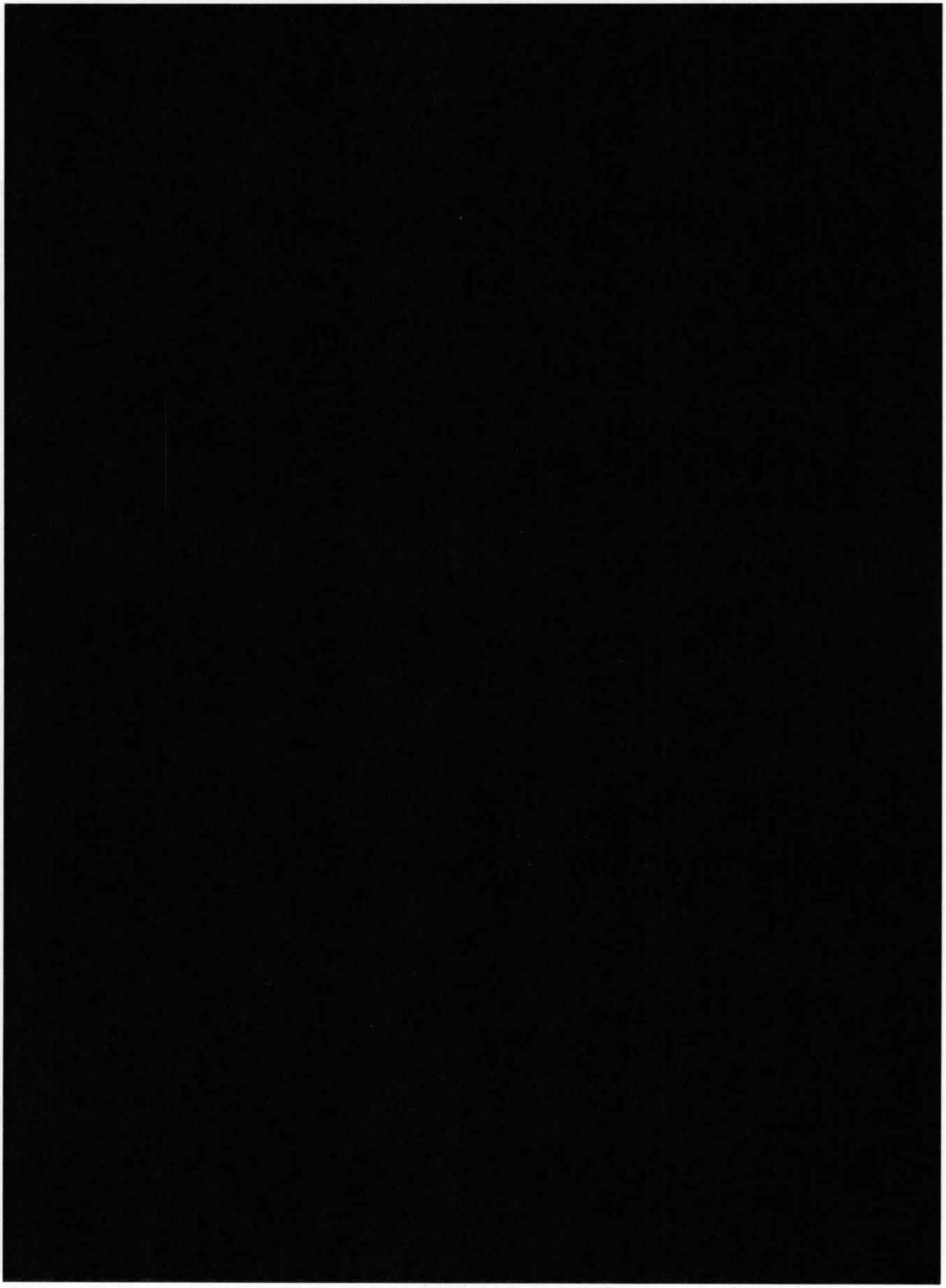
in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

[redacted]

Brasilien ist **2017 bis 2019** Mitglied des **VN-Menschenrechtsrates.** Auch wenn angesichts der **sozialkonservativen Agenda der Regierung Positionsänderungen** angekündigt waren, bekannte sich **Menschenrechtsministerin Damares Alves** in Genf zu **„höchsten Menschenrechtsstandards" und allen internationalen Abkommen.** Sie wolle sich u. a. für **den Schutz von Frauen, LGBTI und Menschenrechtsverteidigern vor Gewalt sowie für Kinder und ethnische Minderheiten einsetzen.**

[redacted]

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft



[redacted]

5. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umweltpolitik

Dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand des Landes Rechnung tragend, konzentriert sich die Zusammenarbeit mit Brasilien auf die **gemeinsame Bearbeitung globaler Themen**. Brasilien birgt aufgrund seines Ressourcenreichtums und seiner wirtschaftlichen Bedeutung große Chancen, bedeutsame Beiträge zum globalen **Klima- und Biodiversitätsschutz** zu leisten und ist ehrgeizige internationale Verpflichtungen eingegangen, nicht zuletzt mit seinem Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen („Nationally Determined Contribution", NDC).

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

Deutschland verfügt über relevante Technologien. Daraus erwächst die enge Partnerschaft beider Länder im Rahmen der **Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung** mit den Schwerpunkten „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz" und „Schutz und nachhaltige Nutzung der Tropenwälder" sowie im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMU. Bedeutung und Ausrichtung der Zusammenarbeit wurden bei den Regierungskonsultationen 2015 durch eine gemeinsame **Klimaerklärung** und die Vereinbarung einer **Urbanisierungspartnerschaft** bestätigt und im Dezember 2017 bei den Regierungsverhandlungen in Brasilia mit BMZ und BMU (im Rahmen des gemeinsamen Klima-Ausschusses) bekräftigt.

Im Waldjahr **2017/2018** verzeichnete Brasilien wieder einen **deutlichen Anstieg der Entwaldung in Amazonien um 13,7 %** (die Entwaldungsrate liegt nunmehr bei 7.900 km²). Der mit großem Abstand größte Anteil dieser Entwaldung fand illegal statt. Erhebliche Haushaltskürzungen der staatlichen und bundesstaatlichen Kontroll- und Überwachungsorgane durch die Regierung Temer dürften dafür die Hauptursache sein, auch haben sich die Präsidentschafts- und Gouverneurswahlen [redacted] auf die Entwaldungsdynamik ausgewirkt. Das selbst gesteckte Ziel, 2020 eine Verringerung der Entwaldungsrate um 80 % gegenüber dem langjährigen Durchschnitt zwischen 1996 und 2005, d. h. einen Wert unter 4.000 km² zu erreichen, scheint damit weiter in die Ferne gerückt zu sein. Vieles deutet inzwischen darauf hin, dass auch im Waldjahr 2018/2019 **weiter ansteigende Entwaldungszahlen (zumindest im Amazonas) zu verzeichnen sein werden**.

[redacted] Es bleibt jedoch weiterhin wichtig, die in der Medienberichterstattung oft verschwimmende Grenze zwischen tatsächlich eingetretenen und bisher nur angekündigten potentiellen Rückschritten im Auge zu behalten. Während **institutionelle Schwächungen** in der Umweltverwaltung tatsächlich bereits eingetreten sind, beschränken sich die **inhaltlichen Rückschritte** noch auf Einzelfälle. Sie sind aber **für die Zukunft wahrscheinlicher** geworden: Es geht um die Reduzierung von Schutzgebieten, große Infrastrukturprojekte in ökologisch sensiblen Gebieten ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, vermehrte Bedrohungen und Gewalt gegen Umweltaktivisten oder um die Öffnung von Indigenengebieten z. B. für den Bergbau. Unter Außenminister Araújo könnte es darüber hinaus zu einer **Neuausrichtung der internationalen Klimapolitik** kommen.

[redacted]

Der Vorstoß zweier Senatoren (darunter Flávio Bolsonaro), erhebliche **Aufweichungen am** international anerkannten und ambitionierten **Forstgesetz** vorzunehmen (u. a. weitreichende Amnestie-Regelungen für illegale Entwaldung und Änderung der prozentualen Schutzvorgaben auf Privatgrundstücken) wurde zwar zunächst in der Abgeordnetenkammer mit deutlicher Mehrheit angenommen, dann aber im Senat nicht zur Abstimmung gestellt, sodass der Vorstoß **verfristet** ist.

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

Es ist jedoch zu erwarten, dass das bereits über viele Jahre andauernde Ringen um das erst im letzten Jahr durch das Oberste Bundesgericht als verfassungsgemäß bestätigte Forstgesetz weitergehen wird. **Rückschritte sind auch hier nicht mehr auszuschließen.**

Insgesamt ist jedoch **keineswegs sicher, dass Gesetzesvorhaben zur Schwächung der Umweltpolitik automatisch eine Mehrheit im Kongress fänden**. Die Agrarlobby im Parlament (Bancada Ruralista) ist keine homogene Gruppe, [redacted].

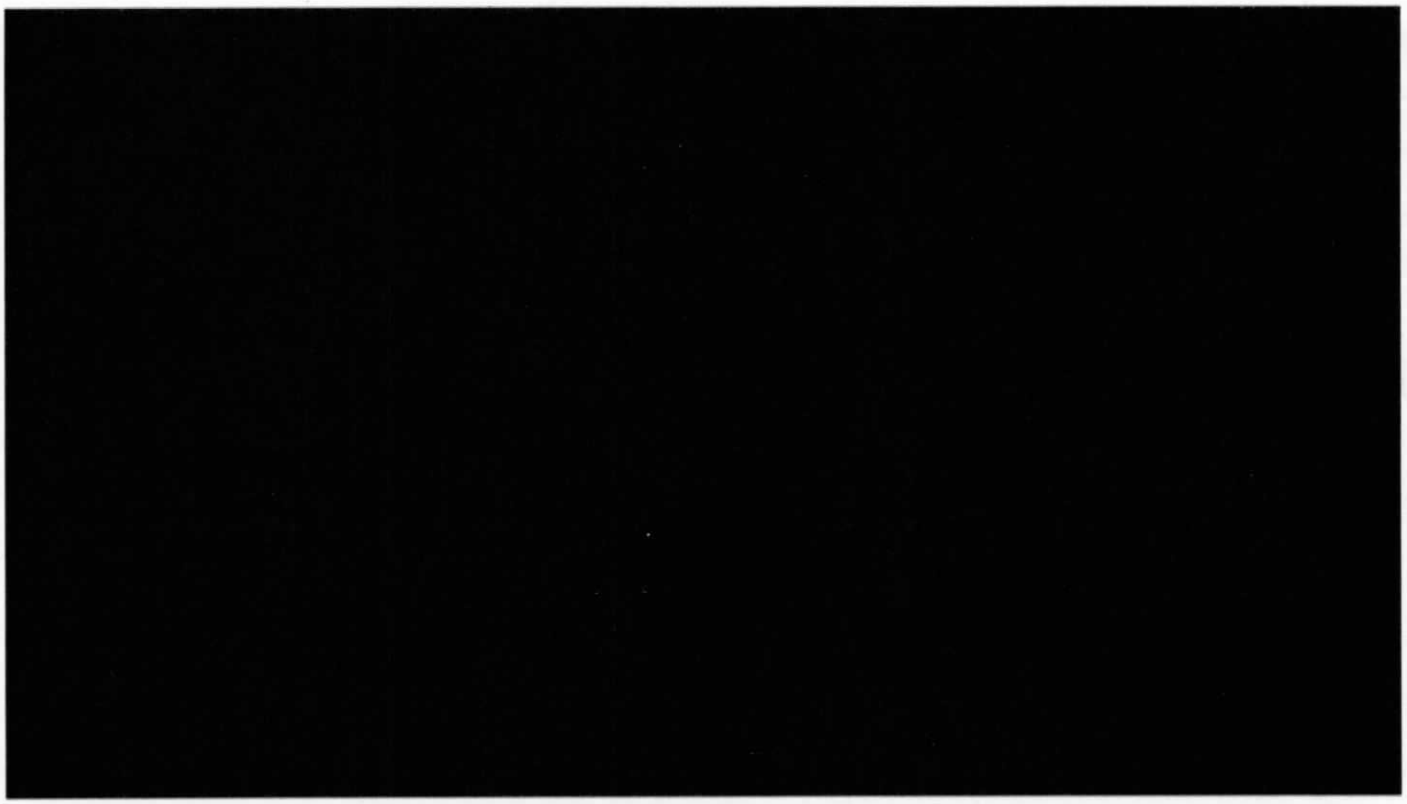
Bei der Bewertung der **Auswirkungen** dieser Situation kann **kein einheitliches Bild** gezeichnet werden, sondern müssen Chancen, Risiken und Folgen für die Zusammenarbeit je nach Sektor, Thema und Institution sehr differenziert betrachtet werden. Unter den künftigen Rahmenbedingungen und verschärften politischen und gesellschaftlichen Konflikten **geht es** für die Zusammenarbeit nicht mehr so sehr darum, Reformen zu beschleunigen oder zu vertiefen, sondern vor allem **darum**, diejenigen **Reformkräfte**, insbesondere der Exekutive und er Zivilgesellschaft **zu stärken**, die sich weiterhin durchaus mit Erfolg dafür einsetzen, das bisher Erreichte zu erhalten.

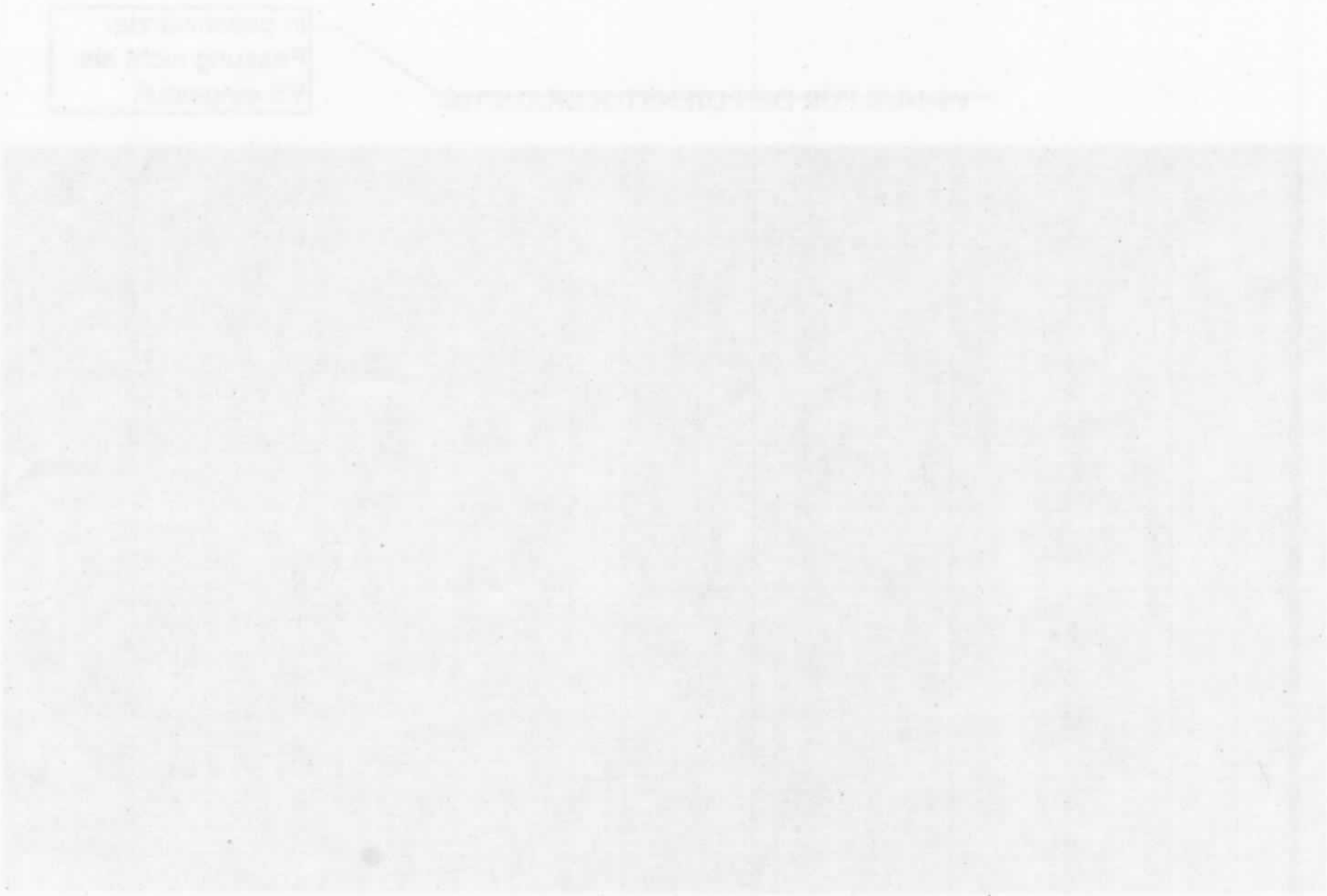
[redacted]

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft

[redacted]

in geschwärzter Fassung nicht als VS eingestuft





Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Waldbrände Amazonas - jüngste Entwicklungen**
Bezug:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Eine Kombination aus Einsatz der Armee, befristetem Verbrennungsverbot in der Trockenzeit sowie angekündigter schärferer Verfolgung von Brandstiftern (Präs. Bolsonaro: „null Toleranz") hat Regierungsangaben zufolge zu einer **leichten Eindämmung der Brände** geführt. Für **Entwarnung** ist es aber noch deutlich **zu früh.**

Dabei handelte es sich nach herrschender Meinung um die schwersten Brände seit Jahren, auch wenn hierüber angesichts unterschiedlicher und sich teilweise widersprechender Erhebungsmethoden noch keine absolute Gewissheit besteht. Die Regierung wird auch gar nicht so sehr für das Ausmaß der Brände kritisiert, als vielmehr für ihr **Handeln** und ihre **zahlreichen Unterlassungen im Vorfeld**: sei es wegen der bewusst propagierten Laxheit bei der Strafverfolgung von Brandstiftern, die zu einem Klima der Straflosigkeit beigetragen hat, der Schwächung des Amazonas-Fonds oder polemischer öffentlicher Äußerungen Bolsonaros.

All dies hat zu der **Internationalisierung der Brandfrage** beigetragen, die von **Brasília entschieden abgelehnt wird** (hier gefühlt: BRA auf der Anklagebank beim G7). Die Regierung sucht die Schuld hierfür allerdings weniger bei sich selbst, als vielmehr in erster Linie bei Präs. Macron. Dieser sei auf den Amazonas-Zug aufgesprungen, um seine Popularität zu Hause aufzubessern sowie das in FRA unbeliebte EU-Mercosur-Abkommen zu torpedieren – so zumindest das hiesige, [redacted] Argumentationsmuster. [redacted] So etwa das [redacted] Hin und Her um die Annahme der G7-Hilfe. Das fra-bra Verhältnis dürfte jedenfalls auf absehbare Zeit beschädigt sein. Immerhin hat die Regierung jetzt der COL / PER-Initiative zur Abhaltung einer Amazonas-Regionalkonferenz der Anrainerstaaten am 06.09. in Leticia (COL) zugestimmt.

Auch in **BRA selbst** schlägt der **Regierung zunehmend der Wind ins Gesicht**:

- in den betroffenen Bundesstaaten mobilisieren Gouverneure öffentlich gegen Zentralregierung;
- Am 28.08. reichten alle noch lebenden Ex-Umweltminister einen offenen Brief bei Kammerpräsident Maia ein, mit dem sie ein Moratorium aller potentiell umweltschädlichen Gesetzesmaßnahmen mit Auswirkungen auf Amazonien und eine Fortführung des Amazonasfonds fordern;
- Agrarindustrie und auch Wirtschaft distanzieren sich deutlich und öffentlich von dem Vorgehen der Regierung;
- nachdem zahlreiche Brasilianer den Regenwaldschutz bisher nicht als Priorität angesehen haben, sprechen sie sich nunmehr zu 92 % für den Schutz des Amazonas aus.

Bei allen Unterschiedlichkeiten (bisher fehlendes Verständnis Bolsonaros für Anerkennung des Amazonas als zentraler Baustein des Klimaschutzes) sollte ein gemeinsames Vorgehen auf einem **anderen gemeinsamen** Verständnis aufbauen: vor allem die Verbindung zwischen nachhaltigem Waldschutz und wirtschaftlicher Entwicklung; die Bedrohung der zunehmenden Abholzung für BRA selbst (kein Wald, kein Regen, d.h. auch kein Landwirtschaft und verteuerter Strom); die BRA Agrarindustrie braucht keine weiteren Waldflächen (so ihre eigene Aussage), sondern mehr Modernisierung; Bekämpfung von Illegalität und Korruption auch im Forstbereich. Hierfür bildet der **Amazonas-Fonds** eine bewährte, ausbaufähige Grundlage.

[redacted]

III. Im Einzelnen

1. Was die **Entwicklung der Brände** angeht, ist die **Zahlenlage** (sowohl hinsichtlich Anzahl der Feuer, flächenmäßiges Ausmaß als auch Vergleichbarkeit im langjährigen Trend) und Kausalität nach wie vor Gegenstand von **widersprüchlichen Meldungen**. Insgesamt ist nach wie vor Stand, dass Ausmaß wohl noch nicht die Höchststände mancher vorheriger Jahre erreicht hat, aber es im weiteren Verlauf der Trockenperiode wohl dazu kommen wird.

2. Die **Regierung** verfolgt nach wie vor **keine stringente Linie** im Hinblick auf wirksame Eindämmung von Bränden. Kurzfristig ergriffene Maßnahmen wie z.B. die Entsendung der Armee (diese ist für den „Heimatschutz" im Amazonas zuständig) könnte wirkungsvoll sein; das am 28.8. veröffentlichte 60-tägige Verbot zum Abfackeln brachliegender Felder bzw. Weideflächen ist dagegen [redacted] und angesichts der kaum funktionsfähigen Strafverfolgung in der Fläche, wenig wirkungsvolle [redacted]. Hinsichtlich konsequenter Einrichtung einer ressortübergreifenden Task Force oder Freigabe von (Sonder-) Mitteln für die zuständigen Umweltaufsichtsbehörden (v.a. IBAMA) oder Ähnliches besteht Fehlanzeige. Stattdessen wurde diese Woche angekündigt, kurzfristig einzelne IBAMA-Büros gerade in den Brand-Hot-Spots zu schließen.

3. **Zunehmende nationale Kritik** wurde auch deutlich bei der Sitzung mit allen Gouverneuren der 9 Amazonasbundesstaaten am 27.08.: Hier brachten die Gouverneure einhellig ihren Unmut über die persönliche Fehde Bolsonaro / Macron und die ablehnende Haltung gegenüber internationalen Hilfsgeldern zum Ausdruck. BRA könne sich angesichts der Umweltkrise und der kritischen Haushaltslage eine derartige Position nicht leisten. Ferner forderten die Gouverneure eine Wiederaufnahme der Tätigkeiten des Amazonasfonds. Sie brachten jedoch gleichzeitig eine Übertragung des Fonds-Managements von der Entwicklungsbank BNDES zur Regionalbank BASA (Banco do Amazônia) ins Spiel, die aus deren Sicht eine bessere vor Ort Repräsentanz bieten könne.

Am 28.08. legten alle noch lebenden neun Ex-Umweltminister dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer Rodrigo Maia einen offenen Brief vor, mit dem sie ein sofortiges Moratorium aller potentiell umweltschädlichen Gesetzesinitiativen mit Auswirkung auf den Amazonas fordern.

4. Allerdings ist Regierung nun seit kurzem in die Offensive gegangen und hat zumindest der **COL/PER-Initiative** der Abhaltung einer Amazonas-Regionalkonferenz der Anrainerstaaten am 06.09. in Leticia (COL) **zugestimmt**.

5. **Internationale Hilfsangebote**

In einer Note vom 26.08. hat das BRA-Außenministerium darauf verwiesen, dass existierende, international vereinbarte Instrumente, die inhaltlich wirtschaftliche Entwicklung mit nachhaltigem Waldschutz verbinden, durchaus als lösungsorientierte Angebote betrachtet werden könnten, so insbesondere der Amazonasfonds. Der Amazonasfonds steht emblematisch für internationale Tropenwaldkooperation, offensichtlich auch in den Augen BRA's. Die bereits Monate währenden Verhandlung über Governance-Struktur demonstriert hingegen Blockade bzw. Handlungsunfähigkeit. Auflösung dieses „Knotens" wäre ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal.

Präsident Bolsonaro hat die britische Unterstützung in Höhe von 10 Mio Pfund inzwischen angenommen; Grund hierfür war vermutlich auch, dass Mittel nicht für kurzfristige Brandbekämpfung sondern langfristige Entwicklung der Region zur Verfügung gestellt wurden. Er hat sich positiv geäußert zu (vermutlich nicht materiell unterlegten) Angeboten aus ISR, CHL und USA. [redacted]. Umweltminister Salles zeigte sich ebenfalls am Montag im TV-Interview offen für internationale Hilfsangebote und distanzierte sich hier offen von der zuvor publik gewordenen ablehnenden Haltung des Präsidialamtes.

Kurzum: Die Dinge sind momentan weiter im Fluss.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

[redacted]

[redacted]

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Waldbrände Amazonas - nächste Schritte**
hier:	Hintergrund und Vorschläge weiteres Vorgehen
Zweck:	[redacted]
Dringlichkeit:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]
Anlagen:	1. DKOR 3Waldbrände Anlage

I. Zusammenfassung und Wertung

Durch die verheerenden Walbrände im Amazonas-Gebiet, die in Schwere und Umfang an diejenigen aus den Jahren 2004, 2007 und 2010 heranreichen bzw. diese mglw. noch übertreffen könnten, ist die brasil. Regierung jetzt in Zugzwang geraten. [redacted] Nunmehr wenden sich hingegen ernstzunehmende Akteure aus ihrer Unterstützerriege (insbes. Agrarlobby) öffentlich gegen sie, weil sie um den guten Ruf BRA's und den damit einhergehenden außenwirtschaftlichen Konsequenzen fürchten.

Dies scheint jetzt endlich Wirkung zu zeigen. So wird noch heute die Verabschiedung eines Aktionsplans erwartet, der sowohl Armee (zuständig für humanitäre Versorgung und Sicherheit im Amazonasgebiet; genießt hervorragenden Ruf in der Region und auch bei NRO's) und andere nachgeordnete Umweltbehörden, zuständig für Feuerbekämpfung, mobilisieren soll. Ein Krisenkabinett wurde einberufen und Präs. Bolsonaro hat sämtliche seiner 22 Minister aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Krise zu bewältigen. Parlamentspräsident Maia hat eine Sonderkommission eingerichtet, welche die Maßnahmen der Regierung untersuchen soll.

Viele Menschen sind entsetzt über die Brände und die Bilder der bis Sao Paulo reichenden schwarzen Rauchwolke. Die Medienberichterstattung wird täglich kritischer und in Umfragen fordern 92% der Brasilianer, dass die Regierung die illegale Abholzung und Brandstiftung im Amazonasgebiet stärker bekämpfen müsse .

Die bis vor Kurzem noch per Twitter zelebrierte Zurückweisung internationaler Hilfen für BRA

wird in der Öffentlichkeit inzwischen zunehmend als unverantwortlich gesehen. Auch Nachbarländer der Region werden zunehmend unruhig. In den letzten Stunden haben u.a. die Präsidenten von COL, CHL und BOL nicht nur verstärkte Anstrengungen bei der Brandbekämpfung angemahnt, sondern z.T. auch Hilfe dabei angeboten (CHL, COL).

Andererseits besteht in konservativen Kreisen die große brasil. Ursorge vor einer ausländischen "Invasion" oder zumindest internationaler Ressourcenausbeutung der Amazonas-Region fort. Hieraus resultieren auch Sicherheitsbedenken bzw. die Zurückweisung einer "kolonialistischen" Vereinnahmung, wie es aus der Twitter-Botschaft von Präs. Bolsonaro an Präs. Macron herauszulesen war.

Insgesamt ist durch diese Notfalllage indes eine erhebliche politische Dynamik in die festgefahrenen Fronten gekommen, die genutzt werden sollte für eine signifikante Verbesserung des Waldschutzes.

[redacted]

III. Im Einzelnen

1. Hintergrund zu Waldbränden/Einordnung

Die tropischen Wälder Brasiliens brennen typischerweise nur schwer. Das ändert sich in Trockenzeiten. Zudem sind die trockeneren Waldformationen Brasiliens (z.B. Cerrado, Catinga) stark feuergefährdet. Die Klimaveränderungen, die zu verlängerten Trockenzeiten auch in tropischen Regionen führen, fördern damit Brandereignisse auch im Tropenwald. Diese verstärken dabei eine Dynamik, in der auch in vergangenen Jahrzehnten schon intentionelle

Waldbrände zur Öffnung des Waldes und zur Gewinnung neuen Agrarlandes genutzt wurden. Vor allem Landlose und Kleinbauern nutzen Feuer zur Waldbeseitigung, um so ihren Landanspruch zu belegen. Häufig werden dann nach einigen Jahren entsprechende Flächen von Großgrundbesitzern erworben und in eine kommerziellere Vieh- und teils auch Ackerwirtschaft überführt.

In BRA trifft diese Form der Feuer-Nutzung in den letzten Monaten auf eine Politik insbesondere der brasilianischen Zentralregierung, die zum einen die Forstkontrolle geschwächt hat (dieses Jahr bereits 23% weniger Bußgeldbescheide für Verletzungen des Forstgesetzes): u.a. ausgedünntes Personal und ausbleibende Mittel für die Umsetzung der Forstkontrolle in den nachgeordneten Umweltbehörden. Und auch die Landbevölkerung indirekt und direkt dazu ermutigt hat, neue Flächen zu entwalden. Es ergibt sich also eine Koinzidenz zwischen einer Zunahme der Feuerereignisse und rückläufiger Forstkontrolle bzw. Brandbekämpfung. So kommt es zum aktuellen Aufwuchs in den Brandereignissen.

Fast zwei Drittel des Amazonasbeckens befinden sich innerhalb der brasilianischen Grenzen und mehr als die Hälfte der Brände ereignete sich im Amazonaswald. NASA-Bilder zeigten, dass am 13. August der Rauch der Brände aus dem All sichtbar war.

Eine Grafik aus Daten des nationalen Monitoringinstituts INPE (s. Anlage) belegt Zunahme der Brände von 84% zwischen 2018 und 2019 im Vergleichszeitraum. Die Grafik zeigt auch, dass starke Waldbrände zusammenfallen mit den Jahren von starker Entwaldung. Der Zusammenhang Entwaldung und Waldbrände wird deutlich und wiederlegt die These, dass Waldbrände ausschließlich durch Trockenheit verursacht werden. Im August veröffentlichten lokale Bauern im Bundesstaat Pará (Amazonasgebiet), in einer Lokalzeitung einen Aufruf für einen "Tag des Feuers" im August, an dem das Land für die Viehzucht abgeholzt und abgebrannt werden soll. Bald darauf nahm die Zahl der Brände zu. Die Staatsanwaltschaft untersucht diese Vorgänge. Am 11. August erklärte der brasilianische Bundestaat Amazonas den Ausnahmezustand.

Am 21. August wies Bolsonaro die Verantwortung für die Beteiligung an illegalen Bränden den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu, die sich für den Umweltschutz einsetzen und erklärte, dass Brasilien sich im "Krieg" befinde, um die Feuer einzudämmen. 25 NGOs, wie der WWF Brasil, Greenpeace und das Brasilianische Institut für Umweltschutz haben die Aussagen von Bolsonaro widerlegt und kritisiert. Bolsonaro wird von vielen Medien und von den NGOs persönlich für die Waldbrände mitverantwortlich gemacht, da er durch seine Reden oft direkt und indirekt zur Missachtung von Umweltgesetzen aufgerufen hat.

2. Bisherige Maßnahmen gegen Waldbrände/deutsche Unterstützung

Feuerbekämpfung in Brasilien wird auf Bundesebene gesteuert durch die Umweltbehörde IBAMA im Rahmen des Prevfogo (Nationales Zentrum zur Bekämpfung von Waldbränden). Über die IBAMA Büros in den Bundesstaaten werden die Einsätze auf lokaler Ebene koordiniert. Durch Haushaltskürzungen ist Prevfogo in den letzten Jahren sehr geschwächt. Es wurde versucht durch den Amazonienfond (mitfinanziert über BMZ) die Grunddienste aufrecht zu erhalten. Der Amazonienfonds hat insgesamt 6 Projekte (Gesamtvolumen ca. 20 Mio EUR) in diesem Bereich finanziert. Diese Projekte kamen IBAMA zugute sowie den Bundesstaaten Pará, Acre, Tocantins und Mato Grosso.
Die nationale Schutzgebietsbehörde ICMBio hat ebenfalls ein Zentrum zur Feuerbekämpfung in

Schutzgebieten namens Previncendio. Im Rahmen von IKI (finanziert über BMU) wurden insgesamt 12,5 Millionen EUR beigetragen zur Stärkung der Feuermanagement und -bekämpfungskapazitäten dieser Behörde. Beiträge in Training (Feuervermeidung, Einsatzplanung etc.), Beschaffung von Spezialfahrzeugen, Kommunikationsgeräten, Satellitenbildern sowie Beiträge zu Monitoring und Früherkennungssystemen.

s. Anlage zu Details bzgl. Krisenmanagements der BRA Regierung und Optionen für zusätzliche Finanzierungen durch den Amazonasfonds.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Entwaldung Amazonas - „sensationsheischende" Zahlen oder Alarmsignal?**
hier:	Pressemeldungen über Anstieg der Entwaldung um über 200% im Monat Juli
Bezug:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Anlagen:	1. DKOR_Entwaldungszahlen_17_18

I. Zusammenfassung und Wertung

Bereits seit 2004 erfasst das nationale Raumforschungsinstitut INPE über sein Überwachungssystem DETER („Detecção de Desmatamento em Tempo Real") Entwaldungsereignisse im Amazonas in Echtzeit und übermittelt diese unmittelbar als Alarmmeldung an die zuständige Umweltbehörde IBAMA (Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis), um ein schnelles Eingreifen gegen Entwaldungs-Aktivitäten zu ermöglichen.

Die Zahlen sind öffentlich zugänglich und werden online im Abstand weniger Tage regelmäßig aktualisiert. Eine Auswertung dieser Alarmmeldungen für die letzten Monate ergab für den Monat Juni einen Anstieg um etwa 100% und für den Monat Juli gar um etwa 250% im Vergleich zu den Vorjahresmonaten. Dies ist äußerst alarmierend und gibt auch unter Berücksichtigung der gleichzeitig rückläufigen Strafverfolgung durch IBAMA (23% weniger Strafbescheide seit Jahresbeginn) Anlass zur Sorge hinsichtlich eines auch in der ganzjährigen Betrachtung zu erwartenden steigenden Entwaldungstrends. Dementsprechend fanden die Zahlen massiv Niederschlag in der nationalen und internationalen Presse, wurden dort jedoch überwiegend fehlerhaft interpretiert und mit tatsächlichen „Entwaldungszahlen" gleichgesetzt. Allerdings sind die DETER-Zahlen nach eigenen Angaben des INPE eben nicht dafür geeignet die tatsächliche Entwaldung zu erfassen. Diese ermittelt INPE über ein anderes System (PRODES: „Programa de Monitoramento da Floresta Amazônica Brasileira por Satélite"), das einmal jährlich in aggregierter Form die Entwaldungszahlen für das jeweils vorausgehende Entwaldungsjahr (August – Juli) erhebt (vgl. DKOR: 468.10 vom 26.11.2018).

Wie hoch diese Entwaldungszahlen letztendlich ausfallen werden, kann über die jetzigen DETER-Zahlen nicht verlässlich abgelesen werden.

Die mediale Schelte veranlasste Präsident Bolsonaro in die Offensive zu gehen und Legitimität und Wahrheitsgehalt der INPE-Zahlen öffentlich in Frage zu stellen. [redacted]

[redacted] Er zeigte sich irritiert darüber, dass derlei rufschädigende Informationen ohne seine vorherige Zustimmung veröffentlicht werden. Dies führte zu einem offenen Konflikt mit dem angesehenen Wissenschaftler und INPE Direktor Ricardo Galvão, der die wissenschaftliche Grundlage der Zahlen seines Instituts bekräftigte. Er wies auch darauf hin, dass die Daten schon seit Jahren alle paar Tage veröffentlicht werden und somit nicht ersichtlich sei, wann und wie man eine „Zustimmung" des Präsidenten hätte einholen sollen bzw. können. Bolsonaro setzte dem entgegen, Galvão sei ein NGO-gesteuerter schlechter Brasilianer, der lügenhafte Zahlen verbreite. Diese Auseinandersetzung führte (unausweichlich) zur Kündigung Galvãos am letzten Freitag durch den für das INPE zuständigen Wissenschaftsminister Pontes. Zugleich wurde mit Darcton Policarpo Damião ein Militärvertreter (Luftwaffe) zum neuen Direktor des Raumforschungsinstituts ernannt. Diesem bescheinigen sowohl Wissenschaftler als auch zivilgesellschaftliche Organisationen durchaus die Kompetenz und Erfahrung für die Ausübung seiner neuen Tätigkeit. Es wurde jedoch auch Kritik geäußert, dass er sich dahingehend geäußert haben soll, er könne nicht abschließend beurteilen, ob der Klimawandel vom Menschen verursacht ist.

Umweltminister Salles bezeichnete die Veröffentlichung der DETER-Zahlen als „sensationsheischende Panikmache". Während er, ähnlich wie Bolsonaro, zunächst auch Wahrheitsgehalt der Zahlen in Frage stellte, ruderte er im Verlauf einer eigens angesetzten Pressekonferenz deutlich zurück und sprach schlussendlich nur noch von einer Fehlinterpretation der Zahlen. Zugleich verstrickte er sich in unklaren Aussagen und war letztlich nicht in der Lage, die vorher großspurig angekündigten „echten Entwaldungszahlen" darzulegen. Bereits seit Februar diesen Jahres stellt er immer wieder in Aussicht, ein neues, eigenes und besseres Überwachungssystem einzuführen, das in direkte Verwaltung der IBAMA gestellt werden sollte. Hierfür scheint ihm nun u.a. auch eine neue Partnerschaft mit der Japanischen JICA (Japan International Cooperation Agency) gesichert. Das neu zu errichtende Monitoringsystem soll noch stärker/flächendeckender als die bisherigen INPE-Systeme auch Radartechnologien einsetzen. Die Generalstaatsanwaltschaft (MPF) kündigte diesbezüglich bereits an, dass man sehr genau prüfen und möglichen Manipulationen entschieden entgegen treten werde. Es gilt jedoch festzustellen, dass eine noch so ausgefeilte Satellitenüberwachung sinnlos ist, wenn die Strafverfolgung vor Ort nicht funktioniert.

Angesichts der heftigen Auseinandersetzung in den Medien wird die alljährliche, reguläre Prognose der PRODES Entwaldungszahlen für das Waldjahr August 2018 – Juli 2019 (u.a. auch Berechnungsgrundlage für die REDD/REM Ansätze der BMZ-Kooperation, darunter auch Fundo Amazônia) von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen sehnlichst erwartet. Erste, verlässliche Hochrechnungen werden von MMA und INPE üblicherweise gemeinsam nicht vor November veröffentlicht und im ersten Semester des Folgejahres offiziell bestätigt.

Im vergangenen Waldjahr 2017-2018 betrug der Anstieg der Entwaldung im Vergleich zum Vorjahr 8% (7.536 km²). Diese Zahlen wurden im Juni dieses Jahres offiziell bestätigt. Die Prognose vom letzten Jahr (7.900 km²) konnte also erfreulicherweise leicht nach unten korrigiert werden.

[redacted]

[redacted]

III. Im Einzelnen

Ergänzende Information:

INPE verfügt über die drei komplementären Überwachungssysteme PRODES, DETER und TerraClass. Während PRODES eine zu 95% genaue, aggregierte und auch nach Bundesstaaten und Besitzverhältnissen (privat, öffentlich) unterteilte Entwaldungsstatistik (Verlust an Primärregenwald in einer Auflösung über 6,25 ha) liefert, die Rückschlüsse auf legale oder illegale Entwaldung bzw. auch auf natürliche durch Brände verursachte Entwaldung ermöglicht, ist das System DETER ein reines Alarmsystem, das jegliche Veränderungen in der Vegetation mit einer Auflösung von Minimum 1 ha erfasst. TerraClass überwacht die Landnutzung nach erfolgter Entwaldung. Die jeweiligen Entwaldungszahlen, -statistiken sind aufgrund der unterschiedlichen Auflösungen nur auf Grundlage einer soliden, von INPE entwickelten Methodologie miteinander vergleichbar. PRODES ist im Wesentlichen eine optische Satellitenüberwachung, die auf wolkenfreie Sicht (Trockenzeit) angewiesen ist. Zusätzlich werden stichprobenartig Radarmessungen über das durch das Verteidigungsministerium geführte Projekt CENSIPAM (u.a. auch durch Fundo Amazônia finanziert) beigeführt. Alle Daten sind frei zugänglich und unterliegen einer strengen regelmäßigen Kontrolle durch INPE, aber auch durch die nationale und internationale Zivilgesellschaft. Dies und die Tatsache, dass regierungsseitig verschiedene Ministerien bei der Entwaldungsüberwachung involviert sind, macht eine bewusste Manipulation der Daten extrem unwahrscheinlich.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Bolsonaro und die „Unregierbarkeit" Brasiliens – ein Mai voller Rückschläge für den Präsidenten**
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Jair Bolsonaro wurde auf einer Welle der Zustimmung ins Amt getragen. Keine fünf Monate später ruft sein engstes Umfeld die Unterstützer des Präsidenten zu Pro-Regierungsdemonstrationen auf die Straße. Wie konnte es so schnell soweit kommen und was bedeutet dies für seine Regierung?

Bolsonaro ist angetreten den Haushalt zu sanieren (Rentenreform), Korruption zu bekämpfen und öffentliche Sicherheit wiederherzustellen (Rechtsreformpaket) sowie eine [redacted] moralische Wende herbeizuführen. In den ersten 20 Wochen hat er dies mit Dekreten (nach Schätzungen bis zu 150 an der Zahl) versucht. [redacted]

[redacted] Anfang Juni verlieren die ersten Dekrete ihre Geltung, sofern das Parlament ihnen nicht zustimmt. Selbst der Neuzuschnitt der Ministerien wäre Makulatur gewesen, hätte ihn der Kongress nicht in letzter Minute und zwie [redacted] Auflagen am 29.5. bestätigt. Während dies Uhr für Dekrete tickt, Rentenreform und Rechtsreform im Parlament feststecken, die Wirtschaft im ersten Trimester schrumpfte und Geldwäscheermittlungen gegen Sohn und Senator Flavio Bolsonaro an Fahrt gewinnen, kam es am 15. Mai zu den ersten großen Studenten-Demonstrationen gegen die Regierung. Der ideologisch geprägte Erziehungsminister hatte drastische Kürzungen/Blockaden im Hochschulsektor angekündigt.

[redacted]

[redacted]

[redacted] **Werden 11 Präsidialdekrete vom Beginn der Amtszeit nicht bis 3.6. vom Kongress bestätigt, verlieren sie ihre Wirkung.** Beinahe betroffen wäre sogar der Neuzuschnitt und die Verringerung der Anzahl der Ministerien gewesen. Dieses Dekret bestätigen die Kammern zwar schließlich Ende des Monats, aber mit schmerzhaften Einschnitten und damit in einer Art und Weise, die als Machtdemonstration der Centrao Parteien gegenüber dem Präsidialamt gesehen wird. Wo noch nicht der Zeitablauf die Dekrete droht – wie beim Erlass zur Liberalisierung des Waffentragens (zentrales Wahlversprechen) – fordern Parlamentspräsident und Justiz Änderungen. Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen bei mindestens 8 Dekreten/Vorläufigen Maßnahmen (u.a. Abschaffung beratender Gremien; Waffenbesitz und -tragen; Kontingentierungen und Kürzungen im Bildungsbereich; Änderung des Prozesses der Ausweitung von Indigenenschutzgebieten; generell wg. Verletzung der Zuständigkeit des Parlaments)

Nachdem der neue [redacted] Bildungsminister **drastische Kürzungen/Blockaden der Hochschulbudgets in Aussicht stellte,** [redacted], kam es am **15. Mai zu Demonstrationen von bis zu 1,5 Mio. Studenten und Professoren im ganzen Land**. In der Folge lud das Parlament den Bildungsminister, gegen den Willen der Regierung, zu einer unangenehmen Anhörung. Ein auch in BRA seltener Akt.

[redacted]

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Umweltpolitische Perspektiven – vor dem Besuch der BRA Parlamentarierdelegation in DEU**
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Vom 3.-7- Juni besucht eine Gruppe von acht Senatoren und Abgeordneten im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik Deutschland Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Schwerpunkt des Reiseprogramms ist der Austausch zu Erfahrungen im Klima- und Umweltschutz in Deutschland. Die Gäste haben daneben auch Interesse, ihre (innerhalb der Gruppe durchaus unterschiedliche) Sichtweise zu den umweltpolitischen Perspektiven in BRA vorzustellen.

Aus Sicht der Botschaft verstärken sich die seit Regierungswechsel zu beobachtenden Tendenzen:

Umweltminister Salles zeigt zwar Interesse an einer verstärkten Kooperation zu seinem Schwerpunktthema urbaner Umweltschutz, bei dem es tatsächlich auch viel Handlungsbedarf gibt. [redacted]. Spitzen- und mittlere Leitungspositionen in diesen Bereichen sind weiterhin vielfach vakant oder wurden von fachfremdem Personal übernommen, das bislang nur eingeschränkt sprechfähig ist. Darüber hinaus verstärkte Salles seine [redacted] Kritik gegen zivilgesellschaftliche Akteure und insbesondere gegen den Amazonas-Fonds – bis hin zu falschen öffentlichen Behauptungen, dass er seine Kritikpunkte mit der deutschen und norwegischen Botschaft besprochen habe und diese seine Änderungsvorschläge zur Governance des Fonds geteilt hätten. Die Teilnahme am Petersberger Klimadialog sagte Salles kurzfristig ab.

Sichtbaren **Gegenwind** erhält Salles erst seit Kurzem. Den offenen (Kritik-)Brief von acht der neun lebenden früheren Umweltminister konnte er noch verschmerzen. Eine offene Niederlage bereitete ihm jedoch der Bürgermeister von Salvador, dem im letzten Jahr ausgewählten Austragungsort der für August 2019 geplanten „Latin America Climate Week." Er schaffte es in wenigen Tagen, die von Salles verkündete Entscheidung zur Absage der Konferenz zu revidieren.

[redacted]

[redacted]

Es bleibt weiterhin wichtig, die in der Medienberichterstattung oft verschwimmende Grenze zwischen tatsächlich eingetretenen und bisher nur angekündigten, potentiellen Rückschritten im Auge zu behalten. Während **institutionelle Schwächungen** in der Umweltverwaltung bereits in gewissem Umfang eingetreten sind, beschränken sich die **inhaltlichen Rückschritte** noch auf Einzelfälle. Dies kann sich ändern, etwa wenn die von zwei Senatoren vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Schwächung der Waldgesetzgebung (Codigo Florestal) angenommen würde.

[redacted]

III. Im Einzelnen

[redacted]

Neben Rücktritten, Vakanzen und fachfremden Nachbesetzungen wirkt sich auch die wiederholte aggressive Kritik von Präsident Bolsonaro und Minister Salles negativ auf die Leistungsfähigkeit der Umweltverwaltung aus. Das Video eines Auftritts von Salles, in dem er eigene Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung bei einer öffentlichen Veranstaltung persönlich diffamierte, löste den Rücktritt des Präsidenten der Nationalparkverwaltung ICMBio und mehrerer Direktoren aus. Die Tweets von Bolsonaro gegen das seines Erachtens zu harte Vorgehen der Umweltbehörde IBAMA im Rahmen einer laufenden Aktion gegen illegale Entwaldung in einem Schutzgebiet führten ebenfalls zu Verunsicherung unter den Mitarbeitern.

[redacted]

Noch unklar sind die Auswirkungen eines Präsidialdekrets von April, das zahlreiche interministerielle Kollegialorgane, in denen vielfach die Zivilgesellschaft eine beratende oder mitsteuernde Funktion hat, auf den Prüfstand stellt. Das Ziel einer Straffung der oft zerfaserten Governance- und Gremienstrukturen ist zwar nachvollziehbar. Vertreter des Präsidialamts geben aber im direkten Gespräch recht offen zu, dass es auch darum geht, stärker zu kontrollieren, dass nur „konstruktive" Vertreter der Zivilgesellschaft mitwirken. Ergebnisse der laufenden Überprüfung werden für Mitte/Ende Juni erwartet.

[redacted]

Größere Risiken könnten sich insb. aus zwei Vorgängen ergeben: Minister Salles kündigte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe an, die sämtliche 334 auf Bundesebene eingerichtete Naturschutzgebiete einer „Generalüberprüfung" unterziehen soll. Hieraus können sich Entwidmungen, Verkleinerungen oder Herabstufungen der Schutzkategorie von Schutzgebieten

ergeben. Kritisch ist zudem der im Kongress u.a. vom Präsidentensohn Flavio B. eingebrachte Vorschlag zur Änderung des Codigo Florestal. Eine Abschaffung der gesetzlich festgelegten „Reserva Legal" (Prozentuale Flächenanteile von Privatland, die nicht entwaldet werden dürfen), würde eine Fläche von 157 Mio. ha betreffen.

4) Amazonas-Fonds

Salles berief in der letzten Woche kurzfristig eine Pressekonferenz ein und kommunizierte zunächst, er habe „Unregelmäßigkeiten" beim Fonds-Management aufgedeckt. In der Folge [redacted] beschränkte sich auf die eher allgemeine [redacted] Behauptung der Ineffizienz. Angesichts der unzutreffenden Behauptung von Salles, er habe bereits Änderungen an der Fonds-Governance mit den Botschaften DEU und NOR abgestimmt, sahen sich diese dazu gezwungen, im Rahmen von Presse-Hintergrundgesprächen bzw. im Falle NOR auch in Form einer Presseerklärung dies öffentlich richtig zu stellen. Dies erfuhr landesweit ein starkes mediales Echo (u.a. lange Reportagen in den TV-Hauptnachrichten). Die erste Reaktion von Levy (Präsident der Entwicklungsbank BNDES, die den Amazonas-Fonds verwaltet), kurzerhand das Fonds-Management auszutauschen, führte im Ergebnis zu einer regelrechten Mobilisierung der Unterstützer des Amazonas-Fonds – sowohl innerhalb der Bank als auch unter den Bundesstaaten und in der Zivilgesellschaft). Der brasilianische Rechnungshof (TCU), der erst letztes Jahr den Fonds mit positiven Ergebnissen geprüft hatte, erklärte sogar, nun selbst gegen Minister Salles und dessen Vorgehen Prüfungsschritte vorzunehmen. Levy rief mich vergangene Woche an und betonte, das Personalveränderung nicht durch Vorwurf von Unregelmäßigkeiten begründet sei und Klimaschutz für BNDES weiter hohe Priorität habe.

5) Positive Nachrichten

Parlamentarier haben durchgesetzt, dass die Indigenenbehörde FUNAI in das Justizministerium zurückkehrt. Mit Regierungswechsel war die FUNAI zunächst dem (ideologisch ausgerichteten) Familien- und Menschenrechtsministerium unterstellt worden. Die Zuständigkeit für Umweltverträglichkeitsprüfungen von Vorhaben innerhalb bestehender Indigenengebiete kehrt vom Landwirtschaftsministerium an die FUNAI zurück (ist dort allerdings – wie gehabt –kaum mit finanziellen Ressourcen unterlegt). Dies zeigt, dass das Parlament als Korrektiv wirken kann – selbst gegen den Widerstand der [redacted] Vertreter in der Agrarlobby.
Die Rücknahme der Absage der Latin America Climate Week in Salvador ist politisch ein wichtiges Signal, weil sie vom Bürgermeister ACM Neto durchgesetzt wurde, der gleichzeitig Parteivorsitzender der eher konservativen DEM ist. Die Regierung ist auf die DEM angewiesen, weil sie die Präsidenten von Senat und Abgeordnetenhaus stellt. Bei der Veranstaltung im August besteht das Potential, dass ein gewisses Momentum ähnlich der „We are still in"-Bewegung in den USA entsteht - wenn auch sicherlich in deutlich kleinerem Maßstab.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	**DKOR_330_A, DKOR_Leitung, DKOR_Leitung**
Cc:	[redacted]
Betreff:	**100 Tage Regierung Jair Messias Bolsonaro -** [redacted]
hier:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

100 Tage nach dem Amtsantritt Bolsonaros hofft die Hälfte der Brasilianer auf einen radikalen Wandel, die andere sorgt sich (wie auch Viele im Ausland) um wirtschaftliche Stabilität, Umwelt und Menschenrechte. Bisher haben sich weder die Hoffnungen erfüllt, noch alle Sorgen eindeutig bestätigt. [redacted]. Erste Anzeichen der Ernüchterung bei Bevölkerung und Märkten sind erkennbar.

Ohne Parlamentsmehrheit, mit einer Fraktion von politischen Neulingen und vielen Ministern ohne Erfahrung wollte er auf politischen Kuhhandel verzichten. Statt der „neuen Politik" zum Durchbruch zu verhelfen, die die Bedeutung parteipolitischer Machtstrukturen samt Ämterpatronage ignoriert, erhielt die Regierung [redacted] Lektionen über die Funktionsweise des Parlamentarismus: Keines von 16 eingebrachten Gesetzesvorhaben konnte bisher verabschiedet werden, [redacted]

Was bedeutet dies für die Zukunft? In einem optimistischen Szenario [redacted]. Ihr gelingt eine wirksame Rentenreform, ein nicht völlig verwässertes Gesetz zur Bekämpfung von Kriminalität und Korruption wird verabschiedet, Pragmatiker setzen sich gegen Ideologen durch. In der Folge steigt das Vertrauen in die Regierung, das Wirtschaftswachstum zieht an, die Arbeitslosigkeit sinkt.

[redacted]

[redacted]

III. Im Einzelnen

[redacted]

[redacted] Erst eines von 16 eingebrachten Gesetzesvorhaben (die Rentenreform) hat überhaupt einen Berichterstatter erhalten. Bolsonaro hat noch keine Arbeitsbeziehung mit dem Parlament gefunden, wo er z.T. verfassungsändernde Mehrheiten benötigt. Mit dem mächtigen Parlamentspräsidenten Maia, dessen Wohlwollen über das Schicksal jeder Regierung entscheidet, kam es gar zum offenen Eklat.

[redacted]

[redacted]

[redacted] Die Rentenreform ist in Bevölkerung und Parlament unbeliebt, und auch substantielle Privatisierungen und Liberalisierungen erscheinen unwahrscheinlicher.

[redacted]

e) Entsprechend sank die Zustimmung für die Regierung binnen drei Monaten von 50 auf 38 %, seit 1995 der schlechteste Wert einer Regierung im ersten Mandat nach 100 Tagen.

3. Neben den ausbleibenden Erfolgen, haben sich bisher jedoch auch die befürchteten Rückschritte bei den Menschenrechten noch nicht eindeutig manifestiert. Die[redacted] Wahlkampfrhetorik hat sich z.T. gemäßigt, kontroverse Ankündigungen wurden eingeschränkt oder zurückgenommen, problematische Gesetzentwürfe nicht auf den Weg gebracht. Abgesehen von Einzelfällen (u.a. Berliner Exil des homosexuellen Abgeordneten Jean Wyllys nach Morddrohungen) ist eine[redacted] Welle von Hassverbrechen ausgeblieben. Dennoch sind im regierungskritischen Teil der Zivilgesellschaft ernstzunehmende Befürchtungen vor weiterer Zunahme von Übergriffen u.a. gegen Indigene und MR-Verteidiger sowie von Polizeigewalt verbreitet. MR-Ministerin Alves hat sich vor dem VN-MRR zu „höchsten MR-Standards" und allen intl. Abkommen bekannt und Einsatz u.a. für MR-Verteidiger, Frauen, Kinder, Afrobrasilianer sowie ethnische und sexuelle Minderheiten angekündigt. Bolsonaro dagegen bekräftigt: „keinen Zentimeter mehr" für Indigenengebiete und keine weitere Ausweisung, Öffnung bestehender auch für Bergbau und Landwirtschaft. Personalwechsel und Zuständigkeitsänderungen (Demarkierung der Indigenengebiete durch Agrarministerium,

„Beaufsichtigung und Begleitung" der NGO-Tätigkeit durch Regierung) nähren [redacted] Sorgen in der Zivilgesellschaft. Vielen Vorhaben stehen jedoch die Verfassung und eine [redacted] unabhängige Justiz gegenüber.

4. Ähnlich in der Umwelt- und Klimapolitik, wo zwar das Umwelt- nicht mit dem Agrarressort verschmolzen wurde, [redacted]. Im Schwerpunkt erneuerbare Energien und Energieeffizienz einschließlich im Bereich Urbanisierung zeichnet sich dagegen Kontinuität ab. Trotz vorhersehbar verstärkter Förderung von Gas- und Nuklearenergie besteht großes Interesse an Weiterführung unserer Zusammenarbeit, an Vorschlägen für eine Ausdehnung der Zusammenarbeit bei nachhaltiger urbaner Entwicklung arbeitet Regierung bereits aktiv.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Besuch StS Flasbarth (BMU) in Brasilia**
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Am 8./9.4.2019 tauschte sich StS Flasbarth (BMU) in Brasilia mit Umweltminister Salles und weiteren Vertretern der neuen Regierung, des Kongresses und der Zivilgesellschaft aus. 100 Tage nach dem Regierungsantritt Bolsonaros ermöglichte dieser erste Besuch eines Vertreters der Bundesregierung eine umweltpolitische Standortbestimmung und diente dazu direkte persönliche Gesprächskanäle aufzubauen.

Umweltminister Salles gab sich wie in vorherigen bilateralen Gesprächen rational und interessiert. Er bestätigte seine Teilnahme am Petersberger Klimadialog (12./13. Mai) und möchte bereits an den Tagen zuvor Termine in Deutschland wahrnehmen. Sein Interesse gilt dem urbanen Umweltschutz; im Bereich Tropenwald sieht er für sein Ministerium keinen zusätzlichen Kooperationsbedarf. [redacted]

Die Gesprächspartner im Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium bekannten sich ausdrücklich zum Pariser Klimaabkommen und zeigten großes Interesse an einer vertieften Kooperation mit DEU. Der neue Chefverhandler des Außenministeriums für alle int. Umweltkonferenzen äußerte Interesse an einem regelmäßigen Austausch.

Die Vorsitzenden der Umweltausschüsse von Abgeordnetenhaus (Rodrigo Agostinho, Opposition) und Senat (Fabiano Contarato, unabhängig) gaben sich kämpferisch und entschieden, im Kongress Widerstand gegen drohende umweltpolitische Rückschritte zu leisten. [redacted]

Hochrangige Vertreter von Umwelt-NGOs sowie die frühere Umweltministerin Izabella Teixeira betonten in den Gesprächen ihre Sorgen und hoben gleichzeitig hervor, wie wichtig in dieser Situation ein fortgesetztes deutsches Engagement in BRA sei. Auf Nachfrage nannten sie keine Beispiele für bereits bestehende direkte Beschränkungen der eigenen Arbeit, verwiesen aber auf mögliche Vorbereitungen solcher Maßnahmen. Drei Tage nach dem Gespräch veröffentlichte das Präsidialamt ein Dekret, dass die Überprüfung und ggf. Auflösung vieler Kollegialorgane der öffentlichen Verwaltung (Kommissionen, Beiräte, etc.) vorsieht, die u.a. der Partizipation der

Zivilgesellschaft dienen.

[redacted]

III. Im Einzelnen

1) Umweltminister Salles

Salles stellte seinen vor zwei Wochen veröffentlichten Aktionsplan zur Verringerung von Meeresmüll vor und äußerte Offenheit für einen vertieften Austausch, auch im Rahmen einer internationalen „Freundesgruppe", allerdings ohne Bekenntnis zum von DEU angestrebten Ziel einer internationalen Plastikkonvention. Er erläuterte, dass nun im Monatsrhythmus weitere fünf Pläne zu den Themen Abfall, Luftqualität, Vegetation in Städten, Abwasser und Wasserqualität sowie kontaminierte Böden lanciert würden.

Beim geplanten Besuch in DEU würde Salles gerne innovative technische Lösungen in den Bereichen Abfallwirtschaft/Recycling oder Abwasseraufbereitung kennenlernen. Er zeigte auch Interesse an Austausch zu ökonomischen Anreizen, um Recyclingquoten in der Produktion zu erhöhen. In Anlehnung daran kündigte er an auch die thematischen Prioritäten der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) zu überprüfen und eventuell partiell darauf auszurichten.

Die zuletzt wieder steigende (illegale) Entwaldung gelte es zu bekämpfen, dazu werde er strategischere Ansätze entwickeln. [redacted]

2) Außenministerium, [redacted] bestätigte, dass seine Abteilung weiterhin an allen internationalen Umweltverhandlungen teilnimmt. Er schlug vor, im Anschluss an die nächste UN-Klimasitzung in Bonn einen Austausch auf Arbeitsebene zu dem bei COP24 in Kattowice nicht gelösten Thema Marktmechanismen („Art. 6") zu organisieren. Zur CBD-COP im Jahr 2020 werde man sich im zweiten Semester 2019 genauer positionieren. Beim SDG-Gipfel im September in New York werde Präsident Bolsonaro nicht teilnehmen, eventuell aber Justizminister Moro bei der SDG-Konferenz im Juli. Umweltminister Salles plane Teilnahme am parallelen Klima-Gipfel in New York.

3) Wirtschaftsministerium

Gesprächspartner zeigten Interesse an vertieftem Austausch zu Potentialen der „Green Economy", von Ökotourismus über Ansätze zum Umweltschutz in der Industrieproduktion bis hin zu Umweltschutz und Digitalisierung. Sie unterstrichen, dass das Wirtschaftsministerium hinter dem Pariser Klimaabkommen stehe und wiesen darauf hin, dass das Ministerium für

Brasilien einen Beitrittsantrag zur UN-Initiative „Partnership for Action on Green Economy" (PAGE) gestellt habe.

4) Landwirtschaftsministerium

Die Gesprächspartner (drei Abteilungsleiter) äußerten großes Interesse an einem Ausbau der Zusammenarbeit zu Themen nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft. Sie bekannten sich ausdrücklich zum Paris-Abkommen und betonten, dass sie die landwirtschaftliche Produktivität nicht durch neue Flächen, sondern durch Intensivierung, Präzisionslandwirtschaft, Wiederherstellung degradierter Böden etc. steigern wollen. Im Rahmen des Planes „Agricultura de baixo carbono" sei man auf dem richtigen Weg, um die vorgesehenen Ziele im Rahmen des BRA Klimabeitrags (NDC) zu erreichen. An der Wiederherstellung von Wäldern („Bonn Challenge") bestehe ebenfalls Interesse. Illegale Abholzung schade hingegen dem Ruf der Landwirtschaft und müsse hart bestraft werden. Wünschenswert seien wirtschaftliche Anreize für Landwirte, damit sie über die Quoten des Forstgesetzes hinaus Waldschutz betreiben. Darüber hinaus äußerte das Ministerium Interesse am Thema grüne Finanzierung / Green Bonds. [redacted], der das Ministerium im Steuerungskomitee im Amazonien-Fonds vertritt, bekräftigte, dass sein Ministerium an einer Fortsetzung der Aktivitäten interessiert sei (die derzeitige intensive Überprüfung der Zuwendungen des Fonds an NROs durch MMA führt faktisch zu einer Blockade des Fonds-Managements in der BNDES). Zur Kritik von Minister Salles sagte er, er könne nicht einschätzen, inwieweit sie substantiiert sei.

5) Zivilgesellschaft

[redacted]

Zum Teil äußerten die Vertreterinnen und Vertreter auch Selbstkritik: Man mache es sich einfach, zu beklagen, dass die neue Regierung ein anderes „mindset" habe als die Umwelt-NGOs. Man müsse sich aber fragen, ob nicht auch ein größer werdender Teil der Bevölkerung eine andere Einstellung habe als die Umwelt-Szene. Bisher habe man zwar noch die Unterstützung der Öffentlichkeit, allerdings sei diese durch die ansteigende Verbreitung von „fake news" und falscher Statistiken gefährdet. Die NGOs müssten daher sich selbst und ihre Narrative überdenken und neu erfinden, sowie eine bessere Kommunikation aufbauen, um die breitere Bevölkerung weiterhin von ihren Zielen zu überzeugen.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Generalkonsulat Rio de Janeiro
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Menschenrechte in Brasilien**
hier:	Ermittlungen zur Ermordung der Politikerin Marielle Franco in Rio am 14.03.18
Bezug:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Bei der Aufklärung des Mordanschlags auf die Stadträtin Marielle Franco und ihres Fahrers Anderson Gomes am 14.3.18 in Rio de Janeiro ist die Landespolizei einen wichtigen Schritt weitergekommen. Am 12.3.19 wurden in Rio de Janeiro zwei Männer festgenommen. Der eine soll die Tat ausgeführt, der andere das Tatfahrzeug chauffiert haben. Es handelt sich um die ehemaligen Polizisten Ronnie Lessa und Elcio Vieira de Queiroz.

Die beiden wurden an ihren jeweiligen Wohnorten in Rio de Janeiro festgenommen. Laut ihren Anwälten streiten sie die Tat ab, die von der Landespolizei in verschiedenen Pressekonferenzen präsentierten Beweise sind jedoch erdrückend. Über mögliche Hintermänner und Tatmotive wurde zunächst nichts bekannt.

Der Mordfall Marielle Franco, der brasilienweit und international für große Aufmerksamkeit gesorgt hat, ist mit den Festnahmen vom 12.3.19 nicht gelöst, doch besteht die Aussicht, dass sich nun Schritt für Schritt die noch offenen Fragen, v.a. die nach möglichen Hintermännern, klären lassen. Evtl., so Gouverneur Witzel am Tag der Festnahme, wird man den beiden Verhafteten Kronzeugen-Regelungen anbieten.

II. Handlungsempfehlungen

entfällt

III. Im Einzelnen

Am 12.3.19 in den frühen Morgenstunden nahm die Landespolizei in einer koordinierten Aktion an mehreren Einsatzorten im Stadtgebiet von Rio de Janeiro die ehemaligen Polizisten Ronnie Lessa und Elcio Vieira de Queiroz fest. Die beiden gelten als dringend verdächtig, den Mord an der Stadträtin von Rio de Janeiro Marielle Franco und an ihrem Fahrer Anderson Gomes begangen bzw. das Tatfahrzeug, aus dem heraus die tödlichen Schüsse abgegeben wurden, gesteuert zu haben. Der Mordanschlag im Zentrum Rio de Janeiros hatte seinerzeit für große

brasilienweite und internationale Aufmerksamkeit gesorgt.

Marielle Franco war 2016 für die linke Partei PSOL in den Stadtrat von Rio de Janeiro gewählt worden. Als schwarze, lesbische und in einer Favela geborene und aufgewachsene Politikerin war sie weit über Rio de Janeiro hinaus bekannt. Von Anfang an gingen Polizei, Angehörige und Presse von einem politischen Tatmotiv aus. Spekuliert wurde insbesondere über eine Verbindung zwischen dem Mordanschlag und Marielle Francos lautstarkem öffentlichen Engagement gegen die im Westen Rio de Janeiros immer mehr erstarkenden „Milizen" - eine Art Mafia, die im (illegalen) Grundstücks- und Baugeschäft tätig ist und in den von ihr kontrollierten Gegenden Minibusse betreibt, die Versorgung mit Gas, Strom und Internet kontrolliert sowie Schutzgeld erpresst.

Die Festnahmen erfolgten nicht zufällig zwei Tage vor dem Jahrestag des Mordanschlags, dem 14.3.18. Die Landespolizei stand seit geraumer Zeit in der Kritik, im Mordfall Marielle Franco nur schleppend zu ermitteln. Wie der Gouverneur von Rio de Janeiro, Wilson Witzel mir gegenüber in einem Gespräch am 15.3.19 einräumte, wollte er vor dem Jahrestag unbedingt einen Ermittlungserfolg präsentieren. Möglicherweise bestand auch Vertuschungsgefahr, da es Hinweise darauf gab, dass Lessa und Queiroz von ihrer bevorstehenden Verhaftung wussten.

Die nunmehr erfolgten Festnahmen haben in der Frage der Tatmotive und möglichen Hintermänner zwar noch keine Klarheit erbracht, doch scheint unstrittig, dass man mit Lessa und Queiroz die Richtigen verhaftet hat. Soweit sich dies aus den allerdings sehr ausführlichen Presseberichten erschließen lässt, sind die Beweise gegen sie erdrückend. Um sich selbst zu entlasten, dürften die beiden früher oder später „singen", zumal dann, wenn man ihnen Kronzeugen-Regelungen anbietet. Nach dem Mordanschlag und auch in den vergangenen Tagen hatte es Hinweise auf mögliche Hintermänner bzw. Informanten im Stadtparlament von Rio de Janeiro gegeben. So scheint es nach Presseberichten sehr wahrscheinlich zu sein, dass die mutmaßlichen Täter über die Agenda der Stadträtin detailliert Bescheid wussten, bis hin zu einer kurzfristigen Terminänderung am Abend des Mordanschlags.

Zumindest Lessa, evtl. aber auch Queiroz scheinen seit ihrer Pensionierung bzw. Suspendierung vom Polizeidienst für kriminelle Netzwerke in Rio de Janeiro aktiv gewesen zu sein. Im Falle Lessas ist vom berüchtigten „Escritorio do Crime", einer Todesschwadron, die Rede. Diese Vermutung wird gestützt durch einen umfangreichen Waffenfund der Landespolizei am Tage der Festnahme von Lessa und Queiroz, und zwar im Hause eines Freundes von Lessa, Alexandre Mota de Souza. Offenbar hatte Lessa dort u.a. Montagesätze für 117 Gewehre und Hunderte Schuss Munition gelagert. Ex-Polizisten waren und sind immer wieder in kriminelle Machenschaften in Rio de Janeiro verstrickt. Nach Recherchen der Zeitung Globo wurden zwischen 2012 und 2018 1316 Landespolizisten vom Dienst suspendiert. Viele arbeiten danach legal bei privaten Sicherheitsdiensten, andere gehen den Weg in die organisierte Kriminalität, z.B. zu den Milizen oder zu Todesschwadronen wie dem „Escritorio de Crime". Offenbar gibt es keinerlei „Nachkontrolle" bezüglich der Aktivitäten von Ex-Polizisten seitens der Landesregierung oder anderer Behörden.

Die Angehörigen von Marielle Franco und ihre politischen Weggefährten, allen voran der Parteiführer der PSOL und Bundesabgeordnete Marcelo Freixo, haben die Festnahmen der beiden Tatverdächtigen mit Erleichterung registriert. Zugleich fordern sie mit Nachdruck den raschen Fortgang der Ermittlungen und die restlose Aufklärung des Mordanschlags. Gouverneur Witzel weiß – er und die Landespolizei müssen liefern, auch wenn sich im Laufe der weiteren Ermittlungen herausstellen sollte, dass Kommunal-, Landes- oder Bundespolitiker in den

Mordanschlag verwickelt sind.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**BRA im VN-Menschenrechtsrat**
hier:	[redacted]
Bezug:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

BRA fühle sich **Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat umfassend verpflichtet** – so die Kernbotschaft des BRA AM in heutiger EU-Demarche zu den Prioritäten im VN-MRR.

Gesprächspartner verwiesen auf **heutige Rede der BRA MR-Ministerin Damares Alves in Genf** - mit klarem Bekenntnis zu **„höchsten MR-Standards" und allen internationalen MR-Abkommen**– sowie mehrtägiges Programm der Ministerin in Genf (u.a. Treffen mit Hochkommissarin Bachelet, UNHCR-Hochkommissar Grandi sowie Zivilgesellschaft).

Alves kündigte in ihrer Rede u.a. an, sich für den **Schutz von Frauen und MR-Verteidigern** vor Gewalt sowie die **Rechte von Kindern** und Jugendlichen, **Indigenen und traditionellen Gemeinschaften**, die **Rassengleichheit** und **Menschen mit Behinderungen** einsetzen zu wollen – außerdem für den **„Schutz des Lebens ab der Empfängnis"** sowie das **„Recht auf Sicherheit der Person"**.

[redacted]

[redacted]

7. MR-Verteidiger:
BRA danke für den übermittelten Entwurf und sehe ihn **positiv**. Man werde den Text **genau analysieren** und ggf. **Vorschläge** einbringen. Das Thema habe **für BRA große Bedeutung**. MR-Ministerin Alves wolle das **BRA Programm zum Schutz von MR-Verteidigern stärken** und habe

in ihrer heutigen Rede in Genf dabei ausdrücklich auch **Schutz von Umweltschützern und sozialen Kommunikatoren** hervorgehoben.

8. Umsetzung UPR-Empfehlungen an BRA 2017:
Arbeit an den UPR-Empfehlungen 2017 sei durch Regierungswechsel nicht unterbrochen worden und werde **weiterhin von BRA AM und MR-Ministerium koordiniert** (unter Beteiligung der zuständigen Fachministerium, Bundesstaaten, Gemeinden etc.). Noch dieses Jahr soll ein **„Halbzeitbericht"** für den VN-MRR erstellt werden.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Antrittsbesuch bei Umweltminister Salles**
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Antrittsbesuch bei Umweltminister Ricardo Salles fand in konstruktiver Atmosphäre statt.

[redacted]

Klar erkennbar war sein tiefes Misstrauen gegenüber allem, was er von seinen Vorgängern im Amt übernimmt. So verdeutlichte er gleich zu Beginn, dass auch internationale Partner den Regierungswechsel und damit auch einen möglichen Politikwechsel hinnehmen müssten. Absprachen sowie eingespielte Abläufe mit den Vorgängern würden nicht automatisch fortgelten, sondern müssten zunächst hinsichtlich der Anschlussfähigkeit zur neuen politischen Linie überprüft werden. Urbaner Umweltschutz ist ein neuer Schwerpunkt des Umweltministeriums.

Salles präsentierte sich als ein Mann der Taten, dem v.a. (betriebswirtschaftliche) Effizienzsteigerung der von seinem Haus zu verantwortenden Maßnahmen wichtig erscheint. Er versteht dies als bewusste Abgrenzung zu seinen Vorgängern, die nach seiner Ansicht zu wenig umgesetzt und zu viel geredet hätten.

Im Verlauf des Gesprächs fand Salles auch würdigende Worte für die Rolle Deutschlands (wie auch Norwegens) als Partner bei Umweltthemen.

Auch wenn die Aussagen mit Vorsicht genossen werden müssen: Es besteht nun eine erste gute Grundlage, um aufbauend auf den (anscheinend doch nicht ganz unbeträchtlichen) Schnittmengen unaufgeregt über Zusammenarbeit in der bilateralen Kooperation und auf multilateraler Ebene zu sprechen.

II. Handlungsempfehlungen

Entfällt

III. Im Einzelnen

1) Zentrale Punkte von Salles:

• Urbaner Umweltschutz als Priorität des Umweltministeriums. Bei der Entsorgung von Abwasser und Abfällen gebe es erhebliche Defizite in BRA, die die Vorgängerregierungen vernachlässigt hätten. Auch die Luftverschmutzung in Städten werde er stärker bearbeiten. Konkret nannte er Ausbau und Verbesserungen des öffentlichen Personennahverkehrs.

• Bekenntnis zum Kampf gegen illegale Entwaldung in Einklang mit dem geltenden Forstgesetz. Es gebe in BRA grds. ein gutes, wenn auch in Punkto Effizienz und Schnelligkeit verbesserungswürdiges, Satelliten-Monitoring, aber insbesondere Defizite bei der konkreten Überwachung vor Ort. Behörden hätten in der Vergangenheit nicht konsequent genug zwischen legaler und illegaler Entwaldung unterschieden und Landwirten das Leben zu Unrecht schwer gemacht.

• Interesse an Programmen zur Bezahlung von Umweltdienstleistungen, die zur Verringerung legaler Entwaldung beitragen. Salles betonte zunächst, dass er keine über die Regelungen des Forstgesetzes hinausgehenden Einschränkungen von Landnutzung hinnehmen werde. Vorzuziehen sei ein ökonomisches Anreizsystem, welches Landbesitzer entsprechend der jeweiligen Opportunitätskosten für den Schutz von Waldflächen, die eigentlich legal gerodet werden dürften, finanziell kompensiert. Er warb um deutsche Unterstützung für einen solchen Ansatz.

• Klärungsbedarf bei Fundo Amazônia. Salles bemängelte das Kosten-Nutzenverhältnis einzelner Maßnahmen. Er werde sich persönlich alle Verträge nach Effizienzgesichtspunkten anschauen. Der Fonds bleibt nach seiner Einschätzung hinter seinen Möglichkeiten zurück. [redacted]

• Internationaler Klimaschutz, SDGs: Bezugnehmend auf die Aussagen von Präsident Bolsonaro bekräftigte Salles, BRA stehe zum Pariser Klimaabkommen sowie den Zielen der Agenda 2030. Hinsichtlich der BRA Klimaziele (Nationally Determined Contribution) kündigte er eine Überprüfung an. Möglicherweise sei etwa das Ziel für Wiederherstellung von Wald unrealistisch angesetzt worden. Er bemängelte zudem, dass sich im internationalen Klimaschutz eine regelrechte „Consulting-Industrie" entwickelt habe.

[redacted]

• Interesse am Petersberger Klimadialog. Wenn eine Einladung komme, werde er diese ernsthaft prüfen. Grds. wolle er nicht viele internationale Termine wahrnehmen, da seine Präsenz in BRA

wichtiger sei. Er denke aber über eine Art „road show" in Europa nach, um mehrere Länder zu bereisen und über „verbreitete Vorurteile" zur BRA Umweltpolitik aufzuklären. Eine Kombination mit dem Petersberger Klimadialog sei denkbar.

2) Einordnung

[redacted]Mit der Betonung des urbanen Umweltschutzes verweist Salles auf Themen, bei denen andere Ministerien (insb. das Ministerium für Regionalentwicklung) sowie die Gemeinden selbst viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben. [redacted]

Unterm Strich bleibt es aber dabei, dass die von Salles genannten Prioritäten eine gute erste Grundlage bieten, um die bestehende Zusammenarbeit ohne schwerwiegende Neujustierung fortzuführen und ggf. neue Kooperationen zu prüfen.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Perspektiven für Klima- und Umweltpolitik in der Regierung Bolsonaro**
hier:	zugleich Umweltquartalsbericht 2019/1
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Im Wahlkampf hat Präsident Bolsonaro wiederholt Errungenschaften des nationalen und internationalen Klima- und Umweltschutzes in Frage gestellt. Welchen Kurs seine Regierung tatsächlich einschlägt, lässt sich nach den ersten Wochen nicht abschließend beurteilen. Konkrete inhaltliche Festlegung gibt es bisher kaum. Immerhin hat Bolsonaro in Davos erklärt, ein Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen stehe „derzeit" nicht zur Debatte.

Einige Rückschlüsse auf künftige Entwicklungen kann man aus den bisherigen Umstrukturierungen und Personalentscheidungen ziehen. Es zeichnet sich eine Verschiebung der Rollen in der Klima- und Umweltpolitik ab.

Das Umweltministerium wurde zwar nicht abgeschafft, verliert aber deutlich an Einfluss: Die Zuständigkeit für die nachgeordnete Bundeswaldbehörde (einschließlich des wichtigen Instruments Cadastro Ambiental Rural, CAR) geht an das Landwirtschaftsministerium, mit dem sich das Umweltministerium auch die Zuständigkeit für nachhaltige Waldnutzung teilen wird. Die Entwaldungsbekämpfung ist dem Umweltministerium nicht mehr ausdrücklich als Zuständigkeit zugewiesen. Das Thema Wasser wandert mit der nachgeordneten Bundeswasserbehörde an das Ministerium für regionale Entwicklung. Für Klimapolitik wird nur noch ein Referat anstelle von zwei Unterabteilungen zuständig sein. Im Ergebnis wird es dem Umweltministerium künftig noch schwerer fallen, Protagonist einer kohärenten, koordinierten und engagierten Klima- und Umweltpolitik zu sein.

Aufgrund der Schwächung des Umweltministeriums kommt es nun noch stärker darauf an, dass einzelne Sektorministerien eigenständig „auf Kurs" bleiben. Im Energiesektor deuten die ersten Signale auf eine Kontinuität oder sogar zusätzliche Chancen hin, etwa beim Ausbau von Windenergie und Photovoltaik. Auch bei der urbanen Mobilität, Energieeffizienz und Wasser/Abwasser könnte es positive Entwicklungen geben. Darüber hinaus scheinen verschiedene Akteure innerhalb der Regierung zumindest bereit zu sein, sich unsere Argumente anzuhören, dass Klima- und Umweltschutz im Interesse ihrer jeweiligen Schwerpunkte sind. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

[redacted]

III. Im Einzelnen

1) Neue Strukturen der Ministerien und Personalentscheidungen

Im **Umweltministerium** fällt eine konsequente Ausrichtung an Themen der (nachhaltigen) Nutzung auf. Erstmalig gibt es eine eigene Abteilung für Ökotourismus. UM Salles selbst verdankt sein Amt [redacted] der Agrarlobby. Er wurde im Dezember 2018 in erster Instanz verurteilt, weil er als Landes-UM im Bundesstaat São Paulo versucht haben soll, gesetzwidrig den Managementplan eines Umweltschutzgebiets abzuschwächen. Mit aggressiver Rhetorik gegen Umwelt-NGOs setzt er die langjährige Allianz aufs Spiel, die es Umweltministern oft ermöglichte, die institutionell eher schwache eigene Rolle durch öffentlichen Zuspruch der Zivilgesellschaft zu stärken. Für Aufsehen sorgte seine Ankündigung, sämtliche Zahlungen des Ministeriums im Rahmen laufender Vorhaben mit NGOs für 90 Tage zu suspendieren. Unter den Abteilungs- und Behördenleitern gibt es aber auch einige positive Überraschungen (z.B. die Leiter der Abteilung Biodiversität und der nachg. Behörde ICMBio).

Das **Landwirtschaftsministerium** erhält neben den Kompetenzen aus dem Umweltministerium auch die Zuständigkeiten der Indigenenbehörde FUNAI für die Einrichtung neuer Indigenengebieten und für Umweltverträglichkeitsprüfungen von Vorhaben innerhalb bestehender Indigenengebiete. [redacted] Akteure (einschließlich Ministerin Teresa Cristina) treffen auf erklärte Gegner der Umweltpolitik (z.B. der StS für Landtitelfragen Garcia; der Leiter der Bundeswaldbehörde Colatto).

Das aus einer Fusion entstandene **Ministerium für regionale Entwicklung** übernimmt alle Abteilungen des alten Städteministeriums (Wohnungswesen, sanitäre Grundversorgung, urbane Mobilität, Stadtentwicklung). [redacted]

Das **Wirtschaftsministerium** hat eine kompetent besetzte Unterabteilung für Umweltpolitik. Im nachgeordneten Bereich gilt der Präsident der Entwicklungsbank BNDES Joaquim Levy als großer Hoffnungsträger für Umwelt- und Klimaschutz. Er versteht und schätzt den von BNDES verwalteten Amazonas-Fonds, der BMZ-seitig Finanzierungen und technische Beratung erhält.

Im **Wissenschaftsministerium** besteht die für Klimaschutz zuständige Einheit, die auch die internationale Klima-Berichterstattung (Treibhausgasinventare etc.) erstellt, unverändert fort. Minister Pontes scheint für Klima- und Umweltthemen offen zu sein.

Energieminister Albuquerque hat zwar einerseits ein Faible für Nuklearenergie, hat sich aber andererseits mit etlichen Spitzenbeamten umgeben, die sich stark für den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen.

Im **Außenministerium** wurde die Umwelt-Unterabteilung von vier auf zwei Referate verkleinert. Das Wort Klima wird vermieden, stattdessen ist das zuständige Referat nun für den „Schutz der Atmosphäre" verantwortlich. [redacted]

Die **Familien-, Frauen- und Menschenrechtsministerin** Alves, die die Zuständigkeit für die Indigenenbehörde FUNAI (zuvor Justizministerium) übernommen hat, ist dem [redacted] evangelikalen Spektrum zuzurechnen.

Bildungsminister Vélez gehört ebenfalls dem [redacted] evangelikalen Spektrum an. Sein Ministerium hat Interesse an einer Ausweitung der Kooperation zum Thema Berufsbildung, insbesondere im Bereich Energie.

2) Engagement im Rahmen der bilateralen Kooperation

BMZ und BMU kooperieren mit allen o.g. Ministerien. Die Auswirkungen der politischen Veränderungen auf die einzelnen Vorhaben sind sehr unterschiedlich. In den Bereichen Energie, Regionalentwicklung und Wissenschaft fällt eine erste Bilanz positiv oder zumindest neutral aus. In den Bereichen Umwelt und Indigene gibt es mehr Unsicherheiten. Da Institutionenlandschaft, Personaltableau und die konkreten politischen Pläne partnerseitig noch nicht konsolidiert sind, lässt sich derzeit keine abschließende Bewertung treffen.

3) Rolle der Militärs

Die Ex-Generäle in der Regierung gelten mittlerweile auch im Bereich Umwelt teilweise als Hoffnungsträger. Vizepräsident Mourão äußert sich öffentlich und bilateral sehr konstruktiv. Gleichzeitig fachen Militärs innerhalb und außerhalb der Regierung wiederholt die Debatte über einen Souveränitätsverlust über Amazonien durch den internationalen Klimaschutz an und betreiben eine Erschließung der Region durch riesige Infrastrukturprojekte mit erheblichen Umweltauswirkungen. Teile der NGO-Landschaft sowie Aktivitäten der katholischen Kirche (Amazonas-Synode im Oktober in Rom) sehen sie sehr kritisch. Dem kompetenten Präsidialamtsminister General Santos Cruz wurde eine nicht ganz klare Zuständigkeit zugewiesen, [redacted]

[redacted]

5) Auswirkungen des Staudammbruchs in Brumadinho

Die tragische Staudammkatastrophe in Brumadinho (s. DKOR GK Rio) bewegt die Öffentlichkeit weiterhin und macht die Mängel der Umweltgesetzgebung und insbesondere ihrer Durchsetzung deutlich. [redacted]. Doch hat sie das Potenzial, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit weit über den begrenzten Kreis von NGOs hinaus zu mobilisieren. Die geplante [redacted] Abschwächung von Umweltstandards in Genehmigungsverfahren wird der Regierung daher in den nächsten Monaten kaum gelingen.

GKs waren beteiligt.

[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Generalkonsulat Rio de Janeiro
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Umweltpolitik Brasilien**
hier:	Dammbruch und Schlammlawine in Brumadinho / Minas Gerais am 25.01.19
Bezug:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]

I. Zusammenfassung und Wertung

Nach Schlammlawine in Brumadinho / Minas Gerais am 25.01.19 muß mit mehr als 300 Toten gerechnet werden. Auslöser war der Dammbruch eines Rückhaltebeckens für Rückstände einer Eisenerzmine. Die Schlammlawine begrub Einrichtungen der Eisenerzmine, die zum bras. Bergbaukonzern Vale gehört, aber auch Wohnhäuser, Straßen und den Teil einer Eisenbahnlinie unter sich.

Brumadinho befindet sich knapp 60 km von der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais, Belo Horizonte, entfernt. Die Gegend ist relativ dicht besiedelt. Die meisten Toten und Vermißten sind nach ersten Erkenntnissen Mitarbeiter der Eisenerzmine. Bislang keine Hinweise auf deutsche Opfer.

Die Katastrophe in Brumadinho ruft Erinnerungen an die Schlammlawine am Rio Doce vom 5.11.15 wach, die im nicht weit entfernten Ort Mariana ihren Ausgang nahm. Auch dort war der Damm eines Rückhaltebeckens gebrochen, und auch dort war der bras. Bergbaukonzern Vale (über seine Tochterfirma Samarco) verantwortlich.

[redacted]

III. Im Einzelnen

Dammbruch eines Rückhaltebeckens und nachfolgende Schlammlawine in Brumadinho / Minas Gerais am 25.01.19 beherrschen die bras. Medien. Nach heutigem (27.01.19) Stand muß mit mehr als 300 Toten gerechnet werden. Derzeit wurden knapp 40 Tote geborgen. Für die mindestens 250 Vermißten gibt es offenbar nur geringe Überlebenschancen.

Die Ursache des Dammbruchs ist noch unklar. Das Rückhaltebecken gehört zu einer benachbarten Eisenerzmine ("Mina do Feijao") des bras. Weltkonzerns Vale. Rund 12,7 Millionen Kubikmeter an Rückständen aus der Eisenerzprodukzion ergossen sich in offenbar hoher Geschwindigkeit durch das Flußtal des Rio Paraopeba. Sie begruben Einrichtungen der Eisenerzmine, aber auch Wohnhäuser, Straßen und den Teil einer Eisenbahnlinie unter zum Teil meterhohem Schlamm.

Nach einem erneuten Alarm am heutigen 27.01.19 besteht die Sorge, dass auch andere Dämme bzw. Rückhaltebecken der betroffenen Eisenerzmine instabil werden könnten.

Brumadinho befindet sich knapp 60 km von der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais, Belo Horizonte, entfernt. Die Gegend ist relativ dicht besiedelt. Unweit der Unglücksstelle befindet sich der weltbekannte und bei Touristen beliebte Kunstpark Inhotim, der offenbar nicht betroffen wurde, aber vorsorglich seine Pforten geschlossen hat.

Die meisten Opfer (Tote bzw. Vermißte) sind nach ersten Erkenntnissen Mitarbeiter der Eisenerzmine. Es gibt derzeit keine Hinweise auf ausl. bzw. deutsche Opfer.

GK Rio de Janeiro und unser HK in Belo Horizonte sind mit den verantwortlichen Behörden in Kontakt und haben noch am 25.01.19 zunächst telefonisch dem Gouverneur von Minas Gerais und dem Bürgermeister von Brumadinho ihr Beileid ausgesprochen.

Die Katastrophe in Brumadinho ruft Erinnerungen an die Schlammlawine am Rio Doce vom 5.11.15 wach, die im Ort Mariana ihren Ausgang nahm. Mariana liegt nicht weit von Brumadinhio entfernt. Auch dort war der Damm eines Rückhaltebeckens gebrochen, und auch dort war die Firma Vale (über ihre Tochterfirma Samarco) verantwortlich.

Die bras. Regierung bildete zusammen mit der Regierung des Bundesstaats Minas Gerais am 25.01.19 einen Krisenstab vor Ort. Der bras. Präsident Jair Bolsonaro überflog die Region am 26.09.19 im Hubschrauber, auch die bras. Generalstaatsanwältin Raquel Dodge begab sich nach Brumadinho. Bolsonaro hatte im bras. Präsidentschaftswahlkampf Deregulierungen im Umweltbereich, auch zugunsten der bras. Bergbauindustrie, angekündigt. Nun sieht er sich mit Forderungen nach strengeren Auflagen, höheren Strafen und v.a. flächendeckenden Kontrollen konfrontiert. Laut einem Bericht der bras. Wasseragentur (Agencia Nacional das Aguas) vom November 2018, der in der bras. Presse vom Wochenende breit zitiert wird, wurden 2017 nur 3% der insgesamt 24.092 Staudämme im Land einer Prüfung unterzogen. 42% der Staudämme Rückhaltebecken werden danach ohne staatl. Genehmigung betrieben.

Das betroffene Rückhaltebecken in Brumadinho wird nach Auskunft des Vale-Präsidenten Fabio Schvartsman seit einigen Jahren nicht mehr genutzt. Im Sep. 2018 habe es dort eine Untersuchung gegeben, und zwar durch die deutsche Firma TÜV-Süd, sagte er auf einer Pressekonferenz in Rio de Janeiro am 25.01.19. Diese Untersuchung habe keine Beanstandungen gebgeben. TÜV-Süd bestätigte auf Nachfrage der Presseagentur AFP inzwischen die

Untersuchung und erklärte, man werde die Ermittlungen der Behörden vollumfänglich unterstützen.

gez.
[redacted]

ANHANG

[redacted]

Von:	Botschaft Brasilia
An:	[redacted]
Cc:	[redacted]
Betreff:	**Waldbrände in Brasilien - Besserung in Sicht?**
Bezug:	[redacted]
Zweck:	[redacted]
Verf.:	[redacted]
Geschäftszeichen:	[redacted]
Zusatzinformationen:	[redacted]
Anlagen:	1. Anlage_mit Grafik_im Einzelnen

I. Zusammenfassung und Wertung

Zum Ende der diesjährigen Trockenzeit in Brasilien und mit dem Einsetzen der ersten Niederschläge, die bis spätestens Anfang November der Phase **alljährlich auftretender Waldbrände** ein Ende setzen werden, fällt die Bilanz über die Brände, [redacted].

Die Anzahl der Feuer und **Brandrodungen in Amazonien** stieg im Vergleich zum Vorjahr stark an. Einige Amazonas-Bundesstaaten sahen sich angesichts der Ausmaße der Brände gezwungen vorübergehend den Notstand zu erklären. Gemäß der Daten des Nationalen Instituts für Weltraumforschung (INPE) wurde **2019 im Vergleich zum Vorjahr** (Januar – August) ein **Anstieg der Waldbrandherde um 91%** (von 33.632 auf 64.386) und im Vergleich zum 10-Jahres Durchschnitt (2008-2018) um 29% registriert. Aktuellere Zahlen aus dem Monat **September** liegen noch nicht in ausgewerteter Form vor. Es zeichnet sich aber ein **Rückgang der Brände im Amazonas von bis zu 20%** ab. Dieser dürfte im Wesentlichen auf die einsetzenden Regenfälle in der dortigen Region zurück zu führen sein, punktuell dürfte aber auch der Einsatz des Militärs Wirkung gezeigt haben.

Im Gegenzug nehmen aber aktuell Waldbrände im **Cerrado-Biom** überdurchschnittlich zu und erreichen im langjährigen Vergleich neue Höchststände. Allein im **September** werden **doppelt so viele Brände** im Cerrado registriert wie im Vorjahresmonat (insgesamt ca. 23.000 Brandherde). Wie [redacted] vom 20.09. („Regenwald[redacted]) dargelegt, geht ein erheblicher Anteil der illegalen Brandrodung auf das Konto großer, gut organisierter und bestens ausgestatteter krimineller Banden. [redacted]

Während die Regierung im internationalen Kontext gerne bekräftigt am Ziel der vollständigen Eliminierung illegaler Entwaldung festhalten zu wollen, [redacted]. Der Einsatz des Militärs

ist angesichts des Ausmaßes der Brände nur punktuell erfolgreich. [redacted] erscheinen ferner Schuldzuweisungen bzgl. der ausufernden Brände gegenüber Dritten [redacted]

[redacted]

III. Im Einzelnen

Weitere Detailinformationen siehe Anlage (inkl. Grafik)

[redacted]

ANHANG

[redacted]

IM EINZELNEN:

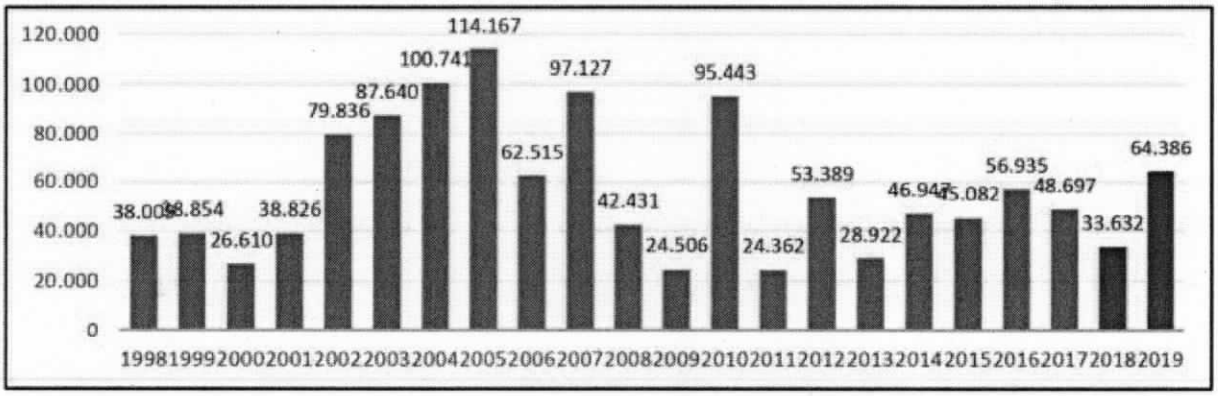
Die internationale Aufmerksamkeit hinsichtlich der diesjährigen Waldbrände im Amazonas erreichte einzelne Großveranstaltungen wie z.B. das G7 Treffen in Biarritz oder die Klimawoche in New York. Das Thema bleibt kontinuierlich oben auf der internationalen politischen Agenda und wird womöglich in den kommenden Wochen und Monaten weiter an Fahrt gewinnen (u.a. im Rahmen der Amazonas-Synode im Vatikan oder auf COP25 in Chile). Auch auf der bilateralen Ebene gab und gibt es weiterhin eine hohe Aufmerksamkeit. Die Waldbrände waren zentrales Thema bei den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen in Natal sowie bei den bilateralen Gesprächen im Rahmen [redacted].

Die Regierung Bolsonaro gerät dabei immer stärker unter Handlungsdruck. So fordern nicht nur Länder der EU (u.a. mit Verweis auf das EU-Mercosur Handelsabkommen), sondern auch Vertreter aus Wirtschaft und Finanzmärkten ein aktiveres und glaubwürdiges Vorgehen der BRA Regierung. [redacted], dass die Entwaldungsraten in diesem Jahr deutlich ansteigen werden. Das komplette Ausmaß an Waldverlust, das mitunter auch aus den überdurchschnittlich hohen Waldbränden resultieren wird, ist noch nicht absehbar. Die offiziellen Entwaldungsraten des international anerkannten INPE-PRODES Systems werden erst im November erwartet. Experten rechnen aber mit einem Waldverlust von bis zu 10.000 km² allein im Amazonas (im Vorjahr waren es 7.536 km²). Das selbstgesteckte Ziel, eine Entwaldung unter 4.000 km² bereits im kommenden Jahr zu erreichen, scheint [redacted] unerreichbar.

[redacted]

Zahlen, Daten, Fakten

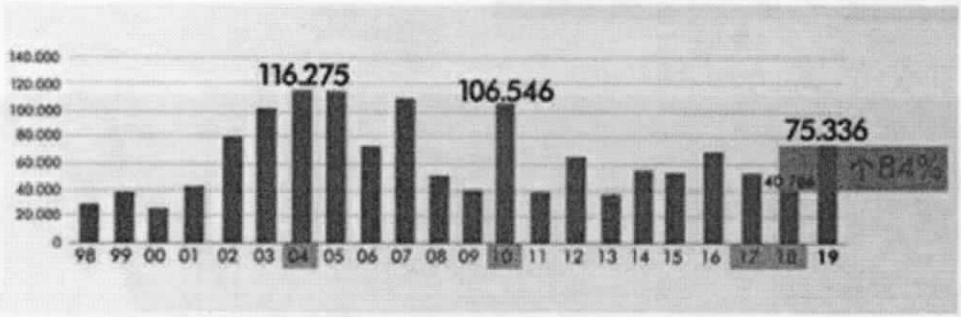
Gemäß den Daten des Nationalen Instituts für Weltraumforschung (INPE), wurde im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr (Januar - August) ein Anstieg der Waldbrandherde in der Region Amazonien um 91% (von 33.632 auf 64.386) und im Vergleich zum Durchschnitt 2011-2017 um 41% registriert.



Anlage

1. Hintergrund zu Waldbränden/Einordnung

In Bezug auf den Monat August 2019 sind wir wieder bei ähnlichen Werten wie 2010:



2. Bisherige Reaktionen Regierung Bolsonaro

Präs. Bolsonaro hat für diesen Freitag, 23.8.2019, ein Krisenkabinett zu den Waldbränden in Amazonien einberufen. Die Sitzung ist für 15 Uhr lokale Zeit angesetzt und umfasst Präsident Bolsonaro, General Fernando Azevedo (Verteidigung), Ernesto Araújo (Außen), Ricardo Salles (Umwelt), Jorge Antonio de Oliveira (Generalsekretär Presidência da República) e José Vicente Santini (Exekutivsekretär Casa Civil). Am Vorabend wurde ein entsprechendes Dekret veröffentlicht.

Bolsonaro hat gestern Abend, 22.8.2019, zudem eine Weisung erteilt, dass alle 22 Minister in seinem Kabinett dazu verpflichtet, Maßnahmen in ihren Zuständigkeitsbereichen zu ergreifen, um die Brände zu bekämpfen.

Rodrigo Maia, Präsident der Abgeordnetenkammer, hat ebenfalls gestern Abend, 22.8.2019, für eine schnelle Lösung des Krisenfalls geworben und die Einrichtung einer externen Kommission angekündigt, die die Entwaldung in Brasilien analysieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Entwaldungskontrolle und Strafverfolgung vorschlagen soll. Er plädierte zudem für Besuche brasilianischer Abgeordneter bei europäischen Parlamenten, um das brasilianische Engagement bei der Entwaldungsbekämpfung zu demonstrieren. Als Präsident der Abgeordnetenkammer werde er alles dafür tun, Initiativen, die auf eine Flexibilisierung brasilianischer Umweltgesetze abzielen, bei den finalen Abstimmungen im Senat abzuwehren.

Bereits Anfang August hatten die Gouverneure der neun Bundesstaaten im Amazonasgebiet einen offenen, kritischen Brief an die BRA-Bundesregieung verfasst.

[redacted]

[redacted]

Im intakten Feuchtwald **treten Waldbrände selten auf natürliche Weise auf** und breiten sich i.d.R. nicht weiter aus. Im Vergleich sind in trockenen Regionen, wie der Cerrado-Trockensavanne, natürliche Brände nicht selten.
Der intakte **Feuchtwald hat keine Waldbrand-Schutzmechanismen** wie bspw. der Cerrado, wo die Bäume sehr robuste, korkähnliche Rinden haben, die das Kernholz vor den Bränden schützen.
Bereits degradierte Waldflächen sind anfälliger für die Ausbreitung von Bränden.
In der Amazonas-Region können vermehrt **Waldbrände in der Trockenzeit** auftreten. Auslöser sind vor allem Abholzung und Brandrodung zur Freilegung von Weideflächen.
Das **Jahr 2019 ist jedoch ein Jahr mäßiger (!) Dürre** der Amazonas-Region. Deshalb deutet die dort stark zunehmende Anzahl von Waldbränden darauf hin, dass Abholzung für die Waldbrände verantwortlich ist. Tatsächlich sind fünf der zehn Gemeinden mit den höchsten Entwaldungsraten zugleich die Munizipien, in denen die meisten Waldbrände registriert wurden.
Die Koordination zwischen IBAMA und den Bundesstaaten ist eine Kernherausforderung für eine erfolgreiche Feuerbekämpfung [redacted]

Methodischen Fragen: INPE´s Referenzsatellit AQUA, **der auch von der NASA verwendet wird,** führt täglich Messungen zu Waldbränden durch, aus denen jährliche Datenreihen erstellt werden und Trendanalysen für die verschiedenen Regionen Brasiliens sowie Vergleiche zwischen Regionen ermittelt werden. Der Satellit ist bereits seit 2002 aktiv und aufgrund seiner seitdem erhobenen Datenreihe nationale Referenz für die Errechnung von Waldbrand-Tendenzen. Andere Institute greifen auf andere Satelliten, Sensoren und Methoden zurück, die zu abweichenden, nicht offiziellen Ergebnissen führen können. Trotz mitunter abweichender Tageswerte verschiedener Methoden, ist eine einheitliche Tendenz über die Jahre und vor allem der Anstieg im Vergleich zu 2018 zu beobachten.
Auftreten von Bränden: Die derzeit zu beobachtender Situation deutet stark auf überwiegend menschlich verursachte Brände hin. Sie stehen im Zusammenhang mit der Abholzung von Wäldern, da durch Brände bereits abgeholzte Flächen bereinigt werden, die dann von den Landwirten als Weide- oder Pflanzfläche genutzt werden. Laut ***Human Rights Watch*** in ihrem im September 2019 veröffentlichtem Bericht handelt es sich hier aber überwiegend nicht um kleine Bauern, die um ihre Existenz kämpfen und angesichts mangelnder Alternativen, Land roden. Vielmehr handelt es sich um gut organisierte, im großen Massstabs durchgeführte, kriminelle Maßnahmen..
Gemäß jüngster Daten des INPE ereigneten sich 60% der von Januar bis August 2019 registrierten Brandherde auf privatem Land. Die Klimaveränderungen, die zu verlängerten Trockenzeiten auch in tropischen Regionen führen (im Einzelfall statistisch schwer zu belegen, aber eindeutig im Trend), fördern Brandereignisse auch im Tropenwald.
[redacted]

Konsequenzen der Waldbrände: Zu den unmittelbaren Konsequenzen der Waldbrände gehören die gesundheitlichen Probleme der lokalen Bevölkerung. Langfristige Folgen betreffen höhere Emissionen, der Verlust von Biodiversität, Erosion, Versandung der Flussläufe und Verlust von Bodenfruchtbarkeit.

Feuerprävention und -bekämpfung: Wird in Brasilien auf Bundesebene gesteuert durch die Umweltbehörde IBAMA im Rahmen des Nationalen Zentrums zur Bekämpfung von Waldbränden

(Prevfogo), das für die Prävention und Bekämpfung von Bränden verantwortlich ist. Im Gegensatz zum Ansatz der Strafverfolgung ist Prevfogo deutlich stärker auf Fortbildungen und Kommunikation mit Landbesitzern ausgerichtet. Über die Prevfogo-Sitze in den Bundesstaaten und -regionen werden die Einsätze auf lokaler Ebene mit den Feuerwehrbrigaden koordiniert. Die bundesstaatlichen Koordinationsstellen arbeiten normalerweise autonom, können aber bei Bedarf die Bundesebene um Unterstützung anfragen. Die nationale Schutzgebietsbehörde ICMBio hat ebenfalls ein Zentrum zur Feuerbekämpfung in Schutzgebieten namens Previncendio.

Im Rahmen der **IKI (Internationale Klimaschutzinitiative)** wurden insgesamt 12,5 Millionen EUR beigetragen zur Stärkung der Feuermanagement und -bekämpfungskapazitäten dieser Behörden. Die Beiträge wurden für Training (Feuervermeidung, Einsatzplanung etc.), Beschaffung von Spezialfahrzeugen, Kommunikationsgeräten, Satellitenbildern sowie Monitoring und Früherkennungssysteme eingesetzt.
Der **Amazonienfonds** hat insgesamt sechs Projekte (Gesamtvolumen ca. 20 Mio EUR) in diesem Bereich finanziert. Diese Projekte kamen IBAMA zugute sowie den Bundesstaaten Pará, Acre, Tocantins und Mato Grosso.

Mögliche künftige Maßnahmen von BRA:
A) Erhöhung der Präsenz der Umweltbehörden in den Regionen, die am stärksten durch Waldbrände und Abholzung betroffen sind.
B) Befähigung der ländlichen Beratungsdienste, Kleinbauern besser zu schulen, wie die Landnutzung ohne Einsatz von Brandrodungen optimiert werden kann.
C) Verbesserung der Infrastruktur zur Brandbekämpfung; dabei sollten bundesstaatliche Feuerwehren, Bundes- und Landespolizei sowie Experten der Umweltbehörden IBAMA und ICMBio eingebunden werden.
D) Stärkung von Wertschöpfungsketten, die auf Waldprodukten aufbauen, die ohne Rodung gewonnen werden. Dadurch können Einkommensalternativen für die lokale Bevölkerung geschaffen werden und Wasserressourcen geschont werden.
E) Bekämpfung krimineller Entwaldungsstrukturen bzw. adäquate Ermittlung und Strafverfolgung zur Durchsetzung geltender bras. Gesetze.

[redacted].